

Vom Manifest zum Dialog

„Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens
sieht anders aus“

ALEXANDER HENSEL / SÖREN MESSINGER

EINLEITUNG

„Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“ – gleichsam apodiktisch wie fundamental lautete der Titel des deutschen Manifests¹ aus dem Mai 2002. Hierin antworteten 103 deutsche Intellektuelle auf das nicht weniger plakativ betitelte Manifest „What we are fighting for“, das im Februar 2002 von sechzig Vertretern des akademischen und politischen „Establishments“ der USA publiziert worden war. Die offensive Gegensätzlichkeit der Titel kam dabei nicht von ungefähr, ging es in den Manifesten doch um Grundsätzliches: Krieg, Frieden und Gerechtigkeit. Während die amerikanische Seite den Krieg ihrer Regierung gegen den „Terror“ sowohl mit einem Rekurs auf die Theorie des gerechten Krieges als auch mit religiös aufgeladenen Moralvorstellungen zu rechtfertigen suchte, verteidigte die deutsche Seite den Frieden, forderte gründliche Analysen von sozialen Konflikten wie kulturellen Differenzen und rief zur moralischen Besonnenheit auf. So polarisiert der Inhalt, so gegensätzlich und unversöhnlich erschien auch der politische und kulturelle Hintergrund der Manifestanten, dass mancher Beobachter in diesem Briefwechsel gar einen Konflikt der Zivilisationen zu erkennen glaubte.

Trotz dieser Gegensätzlichkeit sind beide Manifeste jedoch eng miteinander verwoben und müssen in vielfacher Hinsicht als Einheit verstanden werden. So wäre das erste, vom „Institute for American Values“² lancierte

-
- 1 Der von seinen Verfasser als offener Brief gekennzeichnete und hier untersuchte Text wird im Folgenden als Manifest eingeordnet. Eine Begründung hierfür findet sich am Ende des zweiten Abschnitts dieses Artikels.
 - 2 Das „Institute for American Values“ ist ein amerikanischer Think Tank, der sich laut Selbstbeschreibung auf der Homepage vier Schwerpunkt gesetzt hat: Er setzt

Manifest diesseits wie jenseits des Atlantiks wohl schneller in Vergessenheit geraten, wenn die von der „Koalition für Leben und Frieden“ initiierte deutsche Antwort nicht so fundamental gegensätzlich ausgefallen wäre. Sicher hätte es keine weiteren Antwortschreiben beider Seiten gegeben, hätte die deutsche Seite ihr amerikanisches Gegenüber nicht zum Dialog herausgefordert. Dennoch soll sich die folgende Analyse – im Gegensatz zur raren wissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema – auf den deutschen Brief in seiner Funktion als Manifest konzentrieren, globale Betrachtungen und Einordnungen dieses transatlantischen Dialogs sind hier nur von sekundärem Interesse. Vielmehr soll das deutsche Manifest „Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“ als aktuelles Beispiel für den Einsatz des zivilgesellschaftlichen Instruments des politischen Manifests analysiert werden. Dabei soll zum einen exemplarisch herausgearbeitet werden, wie und warum ein politisches Manifest entsteht, und zum anderen sollen die Grenzen der Wirksamkeit dieses Mediums aufgezeigt werden.

BIOGRAPHISCHER UND ZEITHISTORISCHER HINTERGRUND

Den personellen Kern des deutschen Manifests „Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“ bildeten vier in der zivilgesellschaftlichen Arena sehr erfahrene Akteure: Hans-Peter Dürr, Mohssen Massarrat, Frank Uhe und Heiko Kauffmann. Diese Vier hatten nach einem langjährigen und intensiven Engagement in der deutschen Friedensbewegung im Dezember 2001 die „Koalition für Leben und Frieden“ gegründet. Diese war später für die inhaltliche und organisatorische Umsetzung des deutschen Manifests grundlegend und verfolgte im Wesentlichen zwei Ziele: Zum einen sollte kurzfristig eine öffentliche Kritik der kriegerischen politischen Entwicklungen seit den Anschlägen vom 11. September 2001 ermöglicht werden. Zum anderen war die Koalition Ergebnis eines längerfristigen Prozesses der inhaltlichen Diskussion und organisatorischen Planung der vier Gründer.³ Hierbei ging es um die institutionelle Bündelung zivilgesellschaftlicher Strukturen im Allgemeinen sowie die institutionelle Stärkung der Friedensbewegung und der pazifistischen Position im Besonderen. Insofern stellt das Projekt der „Koalition“ nicht nur einen Bündelungspunkt der inhaltlichen und organisatorischen Entwicklung ihrer Gründer dar, sondern verweist auch auf den Zustand der deutschen Friedensbewegung am Anfang des neuen Jahrtausends. Deren Entwicklung soll folgend grob skizziert wer-

sich für intakte Familien, eine Kultur des Sparens und gegen Verschwendung ein und er möchte gegen den Extremismus in der arabischen Welt ankämpfen und öffentliche Debatten zivilisieren und verbessern; vgl. <http://www.americanvalues.org/intro/index.php#mission> [eingesehen am 27.01.2010].

3 So Frank Uhe im Interview mit den Autoren am 7. Oktober 2009 in Berlin.

den, um daran anknüpfend den biographischen Hintergrund und die individuellen Motive der vier Kernmanifestanten zu erschließen.

Entwicklungslinien der deutschen Friedensbewegung

Die deutsche Friedensbewegung seit 1945 wird der dritten gesellschaftlichen Großbewegung in bürgerlich-kapitalistischen Staaten untergeordnet. Unter dem Begriff „Neue Soziale Bewegungen“ umfasst diese zudem die Themen Ökologie, Frauen und Atomenergie.⁴ Die Vorläufer der neueren deutschen Friedensbewegung formierten sich ab Anfang der 1950er Jahre in Form einer stark durch den Zweiten Weltkrieg geprägten Widerstandsbewegung gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik.⁵ In Reaktion auf Diskussionen über eine atomare Aufrüstung der Bundeswehr konstituierte sich ab Mitte der 1950er Jahre die Kampagne „Kampf dem Atomtod“, die eine breite und kritische öffentliche Debatte über die Gefahren von Nuklearwaffen anstieß und in deren Verlauf sich vor allem prominente Wissenschaftler kritisch positionierten. Mit den Ostermärschen ab Anfang der 1960er Jahre verbreiterte die Friedensbewegung ihre soziale Basis und entwickelte eigene kulturelle Traditionen. Inhaltlich wurde der Protest gegen Nuklearwaffen um antimilitaristische, pazifistische und demokratische Konzepte erweitert. Mit dem Ende des Vietnamkriegs und unter dem Eindruck der Entspannungspolitik der Regierung Willy Brandts allerdings erlahmte die deutsche Friedensbewegung. Viele ihrer Akteure wandten sich anderen gesellschaftlichen Themen wie Frauenrechte, Atomkraft und Umwelt zu.

Der entscheidende Durchbruch gelang der deutschen Friedensbewegung erst Ende der 1970er Jahre. Im Rahmen des Diskurses über den „NATO-Doppelbeschluss“ erlangten die nukleare Bedrohung und pazifistische Ansätze neue Aktualität. Auf die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen durch die Sowjetunion ab 1977 reagierten die USA 1979 mit Plänen zur Stationierung von Raketen in Westeuropa. Die Bürger Europas und insbesondere Deutschlands gerieten dadurch in ein sicherheitspolitisches Dilemma, eine Aufrüstungsspirale und mögliche militärische Eskalation des Ost-West-Konflikts vor der eigenen Haustür schienen für viele auf einmal manifest zu werden.⁶ Die Friedensbewegung griff diese Bedrohung engagiert auf und avancierte in den 1980er Jahren zur „größte[n] und bedeutendste[n] Protest-

4 Vgl. Raschke, Joachim: Zum Begriff der sozialen Bewegung, in: Rucht, Dieter/Roth, Roland (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1987, S. 19-29, hier S. 25 f.

5 Zur dargestellten Entwicklung der deutschen Friedensbewegung vgl. Buro, Andreas: Die deutsche Friedensbewegung nach 1945, in: Sahm, Astrid et al. (Hg.): Die Zukunft des Friedens. Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung, Wiesbaden 2002, S. 131-160, hier S. 136 ff.

6 Zum „NATO-Doppelbeschluss“ vgl. Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. Bd. 2: Deutsche Geschichte 1933-1990, Bonn 2005, S. 353 ff.

bewegung“⁷ der alten Bundesrepublik. Auf dem historischen Höhepunkt ihrer Mobilisierungsfähigkeit, im Oktober 1983, „bildeten Demonstranten eine 108 km lange Menschenkette von Ulm bis Stuttgart, in Bonn demonstrierten über 1 Millionen Menschen“ auf der bis dato größten Demonstration in der bundesdeutschen Geschichte.⁸ In dieser Zeit gründete sich eine Vielzahl von Organisationen, die innovative Protestformen und politische Konzepte entwickelten und dadurch eine intensive öffentliche Debatte über Abrüstung und Friedenspolitik anstießen.⁹

Am Ende der Ost-West-Konfrontation veränderten sich mit den Rahmenbedingungen der internationalen Beziehungen allerdings auch die thematischen Fixpunkte und strategischen Konzepte der Friedensbewegung. Durch den Wegfall des Szenarios einer unmittelbaren nuklearen Bedrohung wandten sich viele Friedensinitiativen von dem Thema Abrüstung ab und engagierten sich für eine positive Friedensordnung in Europa. Die Mobilisierungsfähigkeit der Friedensbewegung nahm dabei, mit Ausnahme der Proteste gegen den Golfkrieg 1991, erheblich ab. Viele Aktivisten wandten sich anderen sozialen oder politischen Themen zu oder nahmen im Rahmen der folgenden Kriege im ehemaligen Jugoslawien an konkreten Aktionen der zivilen Konfliktbearbeitung teil.¹⁰ Mit der Selbstauflösung des „Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung“ war bereits 1989 auf die Möglichkeit einer zentralen bundesweiten Steuerung zugunsten einer bloßen informationellen Verkopplung durch das „Netzwerk Friedenskooperative“ verzichtet worden, um den Ansprüchen der verbliebenen autonomen Gruppen gerecht werden zu können.¹¹ So fehlten seit den 1990er Jahren insgesamt Personal, organisatorische Strukturen sowie geeignete inhaltliche Projekte für eine breite Mobilisierung.¹² Der zunehmend interventionistischen Orientierung der europäischen NATO-Staaten und der sicherheits- und militärpolitischen Neupositionierung der BRD konnte die Friedensbewegung so öffentlich kaum etwas entgegenen. Der theoretische Konflikt zwischen Bellizismus und Pazifismus, der vor allem im Rahmen des Kosovo-Krieges praktisch an Bedeutung gewann, erfasste auch die Friedensbewegung und trug zur Auflösung des bisherigen pazifistischen Konsenses bei. Die Bewegung

7 Kraushaar, Wolfgang: Mobilisierung der Zuschauer, in: die tageszeitung, 20.02.2003.

8 Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 2007, S. 386 f.

9 Vgl. Buro 2002 (s. Anm. 5), S. 141.

10 Vgl. ebd., S. 142 f.

11 Zur organisatorischen Entwicklung der deutschen Friedensbewegung vgl. <http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/history.htm> [eingesehen am 27.11.2009].

12 Vgl. Buro 2002 (s. Anm. 5), S. 146.

spaltete sich in Verantwortungs- und Radikalpazifisten,¹³ weitere friedenspolitische Separationsbewegungen innerhalb der Linken sowie der außenpolitische Paradigmenwechsel der grünen Partei verstärkten diese Entwicklung.¹⁴ So verlor die Friedensbewegung insgesamt an Bündnisfähigkeit und konnte keine größeren Massen mehr für systematische Proteste etwa gegen den Kosovo-Krieg gewinnen, obgleich ein großer Teil der Bevölkerung diesen eigentlich ablehnte.¹⁵ Es erscheint daher kaum verwunderlich, dass der Kosovo-Krieg einen starken Impuls zur Selbstreflexion und zur Entwicklung neuer Organisationsstrukturen freisetzte. So stand der tiefen Entrüstung über die deutsche Beteiligung an einem „zentralen völkerrechtlichen Sündenfall“¹⁶ die Erkenntnis der schwindenden eigenen Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme gegenüber. Auch den kriegesischen politischen Entwicklungen seit den Anschlägen vom 11. September 2001 konnte die deutsche Friedensbewegung derart innerlich geschwächt und äußerlich isoliert kaum etwas in der Öffentlichkeit entgegensetzen. Vor diesem allgemeinen politischen Hintergrund wurde das deutsche Manifest im Jahr 2002 veröffentlicht. Für dessen Analyse sollen zunächst die politischen Biographien der vier Kernmanifestanten betrachtet werden, um deren Denken und Handeln besser verstehen zu können.

Die Kernmanifestanten: zivilgesellschaftliche Tausendsassa

Hinter dem deutschen Manifest stand ein personeller Kern, der inhaltlich und organisatorisch verantwortlich zeichnete. Zu diesem gehörten Hans-Peter Dürr, Mohssen Massarrat, Frank Uhe und Heiko Kauffmann. Sie alle waren, trotz ihrer inhaltlich und zeitlich recht differenten politischen Sozialisation, aufgrund ihrer biographischen Ähnlichkeiten für die Manifest-Aktion prädestiniert. So handelte es sich bei ihnen um zivilgesellschaftlich vielfältig wie intensiv engagierte Persönlichkeiten, die sich intellektuell und organisatorisch langfristig vor allem in der deutschen Friedensbewegung eingebracht hatten.

Hans-Peter Dürr, geboren 1929 in Stuttgart, wurde stark durch das Erleben des Zweiten Weltkriegs geprägt.¹⁷ Konsterniert durch den Totalzusam-

13 Vgl. Massarrat, Mohssen: Opfer einer Inszenierung, in: die tageszeitung, 01.09.2000.

14 Vgl. dazu Klein, Thomas: Kein Frieden im globalen Krieg. Anti-Kriegs-Proteste in Zeiten der Globalisierung, in: Engelke, Ralf et al. (Hg.): Soziale Bewegungen im globalisierten Kapitalismus: Bedingungen für emanzipative Politik zwischen Konfrontation und Anpassung, Frankfurt am Main 2005, S. 99-111, hier S. 105 ff.

15 Vgl. Buro 2002 (s. Anm. 5), S. 145 f.

16 So Frank Uhe im Gespräch mit den Autoren am 1. Oktober 2009 in Berlin.

17 Diese und weitere biographische Informationen gehen, wenn nicht anders angegeben, auf ein Gespräch der Autoren mit Hans-Peter Dürr am 9. September 2009

menbruch der in seiner Jugend gültigen Werte schloss sich Dürr früh der sogenannten „Ohne-mich-Bewegung“ an, einem Vorläufer des Widerstands gegen die deutsche Wiederbewaffnung¹⁸ und – laut eigener Aussage – für ihn ein wichtiger Bezugspunkt für seine spätere Ablehnung von Krieg als Mittel der Politik. Als studierter Physiker wurde er 1953 an der kalifornischen Universität Berkeley Mitarbeiter des Atomphysikers Edward Teller, dem „Vater“ der Wasserstoffbombe. Die örtliche und zeitliche Nähe zur Entwicklung der Wasserstoffbombe sowie persönliche Dispute mit Teller über Krieg und Nuklearwaffen prägten Dürr und begründeten dessen besondere Sensibilität für Fragen der wissenschaftlichen Verantwortung und Gefahren der Kernforschung – ein weiterer Bezugspunkt seiner späteren nuklear-pazifistischen Haltung. Daneben inspirierte ihn vor allem die „Göttinger Erklärung“, in der 1957 führende deutsche Atomwissenschaftler an die Öffentlichkeit traten, um vor den Gefahren atomarer Rüstung zu warnen. Mohssen Massarrat, 1942 in Teheran geboren, politisierte sich hingegen noch während seiner Schulzeit durch das Erleben der Ära Mossadegh.¹⁹ Im Anschluss an das Abitur 1961 nach Deutschland ausgewandert, studierte er Wirtschafts- und Politikwissenschaften, wurde 1975 in Berlin promoviert und engagierte sich in deutschen und internationalen Organisationen der iranischen Exilopposition. Den 1951 in Seesen geborenen Frank Uhe prägte bereits als Schüler die Beschäftigung mit Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Diese Politisierung vertiefte sich durch sein anschließendes Studium der Politikwissenschaft, in dem er sich intensiv mit dem Holocaust befasste²⁰ sowie durch einen freiwilligen Friedensdienst bei der „Aktion Sühnezeichen“²¹, der ihn in den 1970er Jahren für friedenspolitische Themen sensibilisierte. Der 1948 in Berchtesgaden geborene Heiko Kauffmann wurde während seines Studiums in Marburg in den 1960er Jahren politisiert. In dieser Zeit begann er sein Engagement bei der Menschenrechtsorganisation „Amnesty International“, in deren Bundesvorstand er später aktiv war.

in München zurück. Vgl. auch Dürrs Biographie auf der Homepage des Global Challenge Network: <http://www.gcn.de/lebenslauf.html> [eingesehen am 29.11.2009].

18 Vgl. Buro 2002 (s. Anm. 5), S. 136 f.

19 Vgl. Massarrats Selbstbeschreibung seines gesellschaftspolitischen Engagements: <http://www.home.uni-osnabrueck.de/mohmass/gesen.html> [eingesehen am 24.11.09].

20 Diese und weitere biographischen Informationen gehen, wenn nicht anders ausgezeichnet, auf ein Gespräch der Autoren mit Uhe am 1. Oktober 2009 in Berlin zurück.

21 Die „Aktion Sühnezeichen e.V.“ organisiert u.a. freiwillige Friedensdienste für Jugendliche mit dem Ziel, durch politische Verständigung die Voraussetzungen für einen nachhaltigen Frieden zu schaffen; siehe hierzu die Homepage der Organisation: http://www.asf-ev.de/ueber_uns/ [eingesehen am 01.12.2009].

Alle vier Kernmanifestanten zeigten also spätestens seit den 1970er Jahren ein mehr oder weniger ausgeprägtes politisches Engagement. Aber erst die Teilnahme an Protesten gegen den „NATO-Doppelbeschluss“ ab 1979 markierte den eigentlichen Startpunkt ihrer zivilgesellschaftlichen Karriere. So war die deutsche Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre der historische Ort, an dem sich die politische Orientierung der vier Koalitionsgründer formierte und sich ihre Biographien erstmals kreuzten. Im Rahmen ihres haupt- oder nebenberuflichen politischen Engagements entwickelten sie ab diesem Zeitpunkt ähnliche, untereinander konsistente friedenspolitische Positionen. Diese beruhten auf einem Wechselspiel zwischen wissenschaftlicher Reflexion und konkreter politischer Arbeit und scheinen durch ein hohes Maß an persönlichem Idealismus motiviert gewesen zu sein.

So näherte sich Dürr, der inzwischen Professor und Direktor des Max-Planck-Instituts in München geworden war, durch seine biographische Erfahrungen mit Nuklearwaffen und seiner Mitarbeit in der „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler“ (VDW) sowie der Organisation „Pugwash“ der Friedensbewegung ab Anfang der 1980er Jahre sukzessive an.²² Im März 1983 half er bei der Organisation des Kongresses „Verantwortung für den Frieden“²³ und war Mitunterzeichner des daraus hervorgehenden „Mainzer Appells“, in dem sich Wissenschaftler gegen neue Atomrüstung und die Stationierung von amerikanischen Raketen aussprachen.²⁴ Im Laufe der 1980er Jahre wurde Dürr in mehr als zwanzig nationalen wie internationalen Organisationen Mitglied, Vorstandsmitglied oder -vorsitzender. Vor allem das „Global Challenges Network“ (GCN) war für seine politische Arbeit eine wichtige Ressource. Als Gründer und Vorsitzender dieser Organisation wurde Dürr 1987 mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet.²⁵ Aufgrund seiner Kompetenzen und Interessen – nukleare Abrüstung, die Kooperation westlicher und sowjetischer Wissenschaftler und Konzepte zur zivilen Bearbeitung des Ost-West-Konflikts waren seine Themen – wurde er in den 1980er Jahren zum gefragten politischen Berater. So nahm er an Verhand-

-
- 22 Die VDW gründete sich 1959 in Folge der „Göttinger Erklärung“ als Assoziation gesellschaftspolitisch verantwortlicher Wissenschaftler, die sich v.a. mit Fragen der Atomrüstung beschäftigen. Die VDW koordiniert zudem die deutsche Sektion der internationalen Organisation „Pugwash“; vgl. dazu Neuneck, Götz: 50 Jahre Pugwash - 50 Jahre Göttinger Erklärung, in: *Wissenschaft & Frieden*, H. 2/2007 sowie: <http://www.vdw-ev.de/> und http://www.pugwash.de/Pug%20D%20Info_mod.pdf [jeweils eingesehen am 24.11.2009].
- 23 Vgl. die Laudatio zur Verleihung des Alternativen Nobelpreises an Hans-Peter Dürr: <http://www.rightlivelihhood.org/durr.html> [eingesehen am 30.11.2009].
- 24 Vgl. Mainzer Appell zur Verantwortung für den Frieden, in: Dürr, Hans-Peter et al. (Hg.): *Verantwortung für Frieden. Naturwissenschaftler gegen Atomrüstung*, Hamburg 1983, S. 347 ff.
- 25 Zur Selbstdarstellung des GCN und dem Lebenslauf von Dürr vgl. <http://www.gcn.de/hpd.html> [eingesehen am 24.11.09].

lungen über eine einseitige Abrüstung der Sowjetunion mit Michail Gorbatschow teil, daneben erweiterte er sein Themenspektrum um zukunftsweisende Aspekte wie alternative Energiekonzepte, ökologisches Wirtschaften sowie die Wahrung der Rechte zukünftiger Generationen. Gleichzeitig übernahm Dürr Aufgaben und Ämter in diversen politischen Organisationen. So war er beispielsweise Vorstandsmitglied von „Greenpeace Deutschland“, engagierte sich für verschiedene Stiftungen und arbeitete für die UN.

Auch Massarrat befasste sich im Zuge des „NATO-Doppelbeschlusses“ sukzessive mit friedenspolitischen Themen. Zuvor hatte er sich bereits auf lokaler wie nationaler Ebene in zahlreichen politischen Initiativen mit Themen der politischen Ökonomie, Energiepolitik und internationalen Politik beschäftigt.²⁶ In den frühen 1980er Jahren beteiligte er sich an der Gründung einer Reihe von Friedensinitiativen, u.a. der „Bundeskonzferenz Unabhängiger Friedensgruppen“ (BUF). 1982 zum Professor für Politikwissenschaft avanciert, sprach er auf Friedensdemonstrationen und warb beispielsweise in einem öffentlichen Appell an den Generalsekretär der KPdSU oder als Mitglied einer Delegation der deutschen Friedensbewegung in China für Abrüstung. Frank Uhe gelangte im Rahmen der Proteste gegen den „NATO-Doppelbeschluss“ in den damals als organisatorisches Zentrum fungierenden „Koordinierungsausschuss der deutschen Friedensbewegung“. Sein friedenspolitisches Engagement führte er ab 1984 hauptberuflich aus, zunächst bei der Organisation „Aktion Sühnezeichen“, seit 1996 als Geschäftsführer der Organisation „Physicians for the Prevention of Nuclear War“ (IPPNW).²⁷ Inhaltlich nahm er sich in verschiedenen friedenspolitischen Arbeitskreisen und zivilgesellschaftlichen Initiativen der Themen Friedenspolitik und Abrüstung an. Heiko Kauffmann beschäftigte sich, anknüpfend an sein Studium der Pädagogik, Psychologie und Sozialwissenschaften bis Ende der 1970er Jahre, mit Ursachen von Gewalt und Möglichkeiten zu deren Überwindung. Auch er wurde im Zuge des „NATO-Doppelbeschlusses“ friedenspolitisch aktiv – beispielsweise in der „Initiative Kulturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung in Ost- und West“.²⁸ Ab 1979 arbeitete er hauptamtlich als Inlandsreferent für die Kinderhilfsorganisation „Terre des Hommes“ und beteiligte sich ab Mitte der 1980er Jahre an der Gründung der Menschenrechtsorganisation „Pro Asyl“, als deren Sprecher er

26 Ein Überblick über Massarrats Publikationen findet sich unter: http://www.home.uni-osnabrueck.de/mohmass/pub_chro.html [eingesehen am 24.11.2009].

27 Die deutsche Sektion der IPPNW entstand ab 1981 im Rahmen der Proteste gegen den „NATO-Doppelbeschluss“. Im Laufe der 1990er Jahre weitete die Ärzteinitiative ihr Engagement auf die Themen Atomenergie und soziale Verantwortung aus; siehe hierzu: <http://www.ippnw.de/der-verein/geschichte-der-ippnw/geschichte/artikel/bd517d3bde/geschichte-der-bundesdeutschen-ippnw.html> [eingesehen am 01.12.2009].

28 Vgl. Kauffmann, Heiko et al. (Hg.): *Kultur gegen Krieg*, Köln 1986.

zwischen 1994 und 2002 fungierte.²⁹ In seinem politischen Engagement fokussierte Kauffmann sich vor allem auf die Themen Menschen- und Kinderrechte, Flüchtlingsfragen und Asylpolitik, die er eng mit friedenspolitischen Positionen verband.

Die vier Kernmanifestanten engagierten sich also für ähnliche politische Themen und waren intensiv in zivilgesellschaftlichen Organisationen involviert. Daher rührt zum Teil auch ihre langjährige persönliche Bekanntschaft. Uhe und Massarrat beispielsweise lernten sich bereits in den 1980er Jahren im „Koordinierungsausschuss der deutschen Friedensbewegung“ kennen und kooperierten später im Rahmen der IPPNW. In den Biographien der Kernmanifestanten fällt zudem die enge Verknüpfung zwischen politischer Analyse und politischer Initiative auf. In Massarrats akademischem Publikationsverzeichnis finden sich so ab Anfang der 1980er Jahre zunehmend Analysen zur nuklearen Rüstungsspirale, zur Friedensbewegung und zu friedenspolitischen Konzepten. Ab Mitte der 1990er Jahre beschäftigte er sich mit Fragen der Nachhaltigkeit und globaler sozialer Gerechtigkeit, vor allem aber mit demokratietheoretischen Konzepten zur Verbesserung der Repräsentation sozialer Bewegungen und Erweiterung der politischen Einflussmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen. Sein Konzept, das bei der späteren Gründung der „Koalition für Leben und Frieden“ einen zentralen Stellenwert einnahm, basierte auf seiner kritischen Analyse der repräsentativen parlamentarischen Demokratien, die von der „Komplexität der gesellschaftlichen Realität“ überfordert seien.³⁰ Interessen zukünftiger Generationen müssten vielmehr durch unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten werden. Um dies zu gewährleisten, forderte Massarrat die Einrichtung einer „dritten Kammer“, die „analog zur Zweiten Kammer (Bundesrat im föderalen System) mit Einspruchs- und Initiativ-rechten ausgestattet“³¹ sein sollte. Auch Hans-Peter Dürr hatte bereits in den 1970er Jahren ein Exempel gesellschaftspolitischer Verantwortung von Wissenschaftlern statuiert: Damals widersetzte er sich der Aufforderung der Regierung Helmut Schmidts, den staatlich geförderten Ausbau der Kern-

29 2001 erhielt Kauffmann den „Aachender Friedenspreis“ und den „Blauen Elefanten“. Zur Biographie Kauffmanns vgl. die Laudatio zur Verleihung des Aachener Friedenspreises unter: <http://www.proasyl.info/proasyl/friedenspreis/proasyl.htm> sowie die Homepage der Organisation Pro Asyl unter: <http://www.proasyl.info/pro-foto.htm> [eingesehen am 02.12.2009].

30 Siehe Massarrat, Mohssen: „Zivile Friedensräte für die Friedensbewegung“, in *Wissenschaft & Frieden*, H. 2/1999; online einsehbar unter: <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1350> [eingesehen am 21.01.2010].

31 Ebd.

energiegewinnung wissenschaftlich zu legitimieren.³² Trotz der folgenden harschen Kritik vieler Kollegen positionierte Dürr seine Argumentation in der *Frankfurter Rundschau*, erzeugte damit eine recht starke Resonanz in der Öffentlichkeit und erfreut sich seither einer gewissen Prominenz.³³

Insgesamt kann bei der Manifest-Aktion unter den Kernmanifestanten zudem eine mehr oder weniger strikte Arbeitsteilung entsprechend individueller Kompetenzen und Ressourcen festgestellt werden. So nahm Dürr hier abermals seine Rolle als wissenschaftlicher Experte und politischer Vordenker ein, die er sich u.a. durch seine öffentlich vielbeachtete Kritik³⁴ an dem 1983 von der US-Regierung als „Strategic Defensive Initiative“ (SDI) angekündigten weltraumgestützten Raketenabwehrsystem erworben hatte. Massarrat agierte als politisch-wirtschaftlicher Analyst und theoretisch-organisatorischer Strategie. Uhe und Kauffmann brachten neben inhaltlichen Aspekten vor allem ihre organisatorische Erfahrung, viele und weitreichende Kontakte innerhalb zivilgesellschaftlicher Netzwerke sowie Kompetenzen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ein.

Die internen Bindungen zwischen den Akteuren basieren somit auf der gemeinsamen politischen Selbstverortung in der Friedensbewegung, langjährigen persönlichen Beziehungen sowie sich ergänzenden inhaltlichen Kompetenzen und organisatorischen Ressourcen. Zudem einte alle die im Laufe der 1990er Jahre erlangte Erkenntnis, ihre zivilgesellschaftliche Handlungsoption durch eine theoretisch begründete und strategisch geplante Schaffung neuer Organisationsstrukturen erhöhen zu müssen. Diese Einsicht wurde zudem durch ihre persönliche Entrüstung über den Kosovokrieg als auch das Offenbarwerden der Schwäche der Friedensbewegung in dieser Zeit gestärkt. In dieser Schwächephase trachteten die vier Kernmanifestanten also danach, den zivilgesellschaftlichen Einfluss der eigenen politischen Position als auch der Friedensbewegung als Ganzes zu erhöhen.

32 Vgl. dazu Brand, Karl-Werner: Umweltbewegung, in: Rucht, Roland/Roth, Roland (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945, Frankfurt am Main 2008, S. 219-244, hier S. 225.

33 Zur energiepolitischen Wende in den 1970er Jahren und dem gesellschaftlichen Widerstand gegen die Kernenergie vgl. Winkler 2005 (s. Anm. 6), S. 349 ff.

34 Vgl. dazu Dürr, Hans-Peter: Der Himmel wird zum Vorhof der Hölle, in: Der Spiegel, 15.07.1985.

ENTSTEHUNG UND FORM DES MANIFESTS

Entstehungsgeschichte der „Koalition für Leben und Frieden“

Am 4. Dezember 2001 riefen Hans-Peter Dürr, Mohssen Massarrat, Frank Uhe und Heiko Kauffmann zur „Gründung einer weltweiten Koalition für Leben und Frieden“³⁵ auf. Ausgangspunkt hierfür war eine Fachtagung der IPPNW, der „International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms, Deutsche Sektion“ (IALANA) und der VDW, die am 28. September 2001 im Rahmen der Debatte um die „dritte Kammer“ stattfand. Laut Uhe war die „Koalition für Leben und Frieden“ Ergebnis dieses Prozesses, die zeitliche Nähe zum 11. September 2001 also eher zufällig.

Im „Aufruf zu einer weltweiten Koalition für Leben und Frieden“ wurde parlamentarischen Demokratien die Fähigkeit abgesprochen, Probleme lösen zu können, deren Konsequenzen erst in der Zukunft zu spüren sein werden. Namentlich wurden hier Kriege, die „Eindämmung von Umweltkatastrophen, Hunger, Armut und Wasserknappheit, weltweite Geschlechtergerechtigkeit und die Verwirklichung der Menschenrechte“ genannt. Ziel der angestrebten Vernetzung zivilgesellschaftlicher Gruppen müsse daher sein, Parteien und Parlamente von „der Notwendigkeit einer Übertragung eines Teils ihrer Macht und Legitimation zu Gunsten eines zivilgesellschaftlich legitimierte Gegengewichts zu überzeugen“. Denn, so der Aufruf, die Politik werde „von einer kleinen, wirtschaftlich mächtigen und politisch einflussreichen Elite“ dominiert, die eine Bearbeitung drängender Fragen der Nachhaltigkeit verhindere. Die Autoren versuchten dabei, dezidiert positive Konzepte anzubieten, statt nur negativ gegen Krieg zu argumentieren. Durch diese bewusste inhaltliche Ausdehnung und Bezugnahme auf übergreifende Konzepte, wie auch Dürrs Vorstellung eines dynamischen Friedens und seiner Theorie des Lebendigen,³⁶ sollten die Schwäche und Isolation der Friedensbewegung durch eine Vernetzung mit anderen zivilgesellschaftlichen Bereichen und politischen Themen überwunden werden.³⁷

Die sich seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 überschlagenden weltpolitischen Ereignisse blieben dennoch nicht ohne Einfluss auf die „Koalition“. Neokonservative Kräfte in den USA hatten schon lange eine unilaterale und auf die militärische Stärke der USA aufbauende Außen-

35 Der Aufruf „Ziviles Gegengewicht zur Parteiendemokratie: Aufruf zu einer weltweiten Koalition für Leben und Frieden“ ist online einsehbar unter (siehe auch für die Zitate des folgenden Absatzes): http://www.gcn.de/download/DFrieden_Aufruf.pdf [eingesehen am 21.12.2009].

36 Vgl. Dürr, Hans-Peter: Die Kunst des Friedens, in: Richter, Horst-Eberhard (Hg.): Kultur des Friedens, Gießen 2001, S. 13-37, hier besonders S. 19 ff.

37 So Hans-Peter Dürr im Interview mit den Autoren am 9. September 2009 in München.

politik gefordert und standen damit im direkten intellektuellen Antagonismus zu den Akteuren der Friedensbewegung, die ein Konzept der internationalen Kooperation vertraten. Mit dem Amtsantritt von Präsident George W. Bush hatten die Neokonservativen entscheidend an Einfluss gewonnen, und die Anschläge vom 11. September 2001 eröffneten ein Gelegenheitsfenster, um die lange vorbereiteten Pläne zur Umstrukturierung amerikanischer Außenpolitik durchzusetzen.³⁸ Diese Entwicklung war auf Seiten der Gründer der „Koalition“ besonders durch die wissenschaftliche Arbeit von Mohssen Massarrat erfasst worden. In den Augen der vier Initiatoren musste dringend ein handlungsfähiges Zentrum geschaffen werden, mit dem die Friedensbewegung auf die aktuellen Ereignisse reagieren konnte. Neben der amerikanischen Außenpolitik waren für die deutsche Seite zudem innenpolitische Veränderungen in den USA von Bedeutung.³⁹ So betont Hans-Peter Dürr, der sich in der Zeit nach den Anschlägen in den USA aufhielt, dass jenseits der politischen Reaktion der US-Regierung vor allem Inhalt und Rhetorik der öffentlichen Debatte seine Kritik herausgefordert hätten.⁴⁰ Um dem kriegsfördernden Einfluss neokonservativer Gruppen auf die amerikanische Politik und der damals über die uneingeschränkten Solidaritätserklärungen mit dieser stark verknüpften europäischen Politik etwas entgegenzusetzen, wollte die „Koalition“ versuchen, zivilgesellschaftliche Kräfte zu bündeln, „präsent und unüberhörbar zu machen“⁴¹. Obwohl in deren Gründungsdokument keine Bezugnahme auf die Entwicklung der US-amerikanischen Politik nach dem 11. September expliziert wurde, spielte diese in der folgenden Zeit eine so dominante Rolle, dass die „Koalition“ nahezu ausschließlich mit diesem Thema in die Öffentlichkeit drängte und die Idee der „dritten Kammern“ an den Rand rückte.

38 Vgl. Schöfbänker, Georg: Die „Bush-Doktrin“. Der Versuch der Neuordnung der Welt unter der Präsidentschaft von George Walker Bush, dem Jüngeren, in: Leidenmühler, Franz (Hg.): Krieg gegen den Terror. Konfliktszenarien im 21. Jahrhundert und ihre Konsequenzen für die Friedens- und Sicherheitspolitik, Idstein 2003, S. 69-96; Müller, Harald: Demokratie, die Medien und der Irak-Krieg. Zum Kriegsdiskurs in Europa und Amerika, in: HSFK-Standpunkte, H. 6/2003, S. 5 ff.

39 Zur innenpolitischen Lage nach dem 11. September 2001 vgl. Mayer, Margit: Schutz der Heimat – Die Aushöhlung des Rechtsstaates, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.): Quo vadis, Amerika? Die Welt nach Bush, Berlin/Bonn 2008, S. 151-160.

40 So Hans-Peter Dürr im Interview mit den Autoren am 9. September 2009 in München.

41 So die Initiatoren der „Koalition für Leben und Frieden“ in einem Brief an die Unterzeichner des „Aufruf zu einer weltweiten Koalition für Leben und Frieden“ vom 26. März 2002 (im Privatbesitz der Autoren).

Das US-amerikanische Manifest

Das Manifest des „Institute for American Values“, das die Arbeit der „Koalition“ lange beschäftigen sollte, wurde im Februar 2002 veröffentlicht. Zu diesem Zeitpunkt meinten die Beteiligten auf amerikanischer Seite, dass die uneingeschränkte Solidarität, welche die USA seit dem 11. September 2001 genoss, langsam schwinden würde. Diesen Rückgang führte Alex Roberts, Mitarbeiter des „Institute for American Values“, auf antiamerikanische Resentiments in Europa und die unterschiedliche Beurteilung des Weiteren Vorgehens gegen den Irak zurück.⁴² Das Manifest sollte demgegenüber rechtfertigen, warum die USA in den „War on Terror“ gezogen waren, und dem drohenden Entzug der Unterstützung entgegenwirken.

Die Argumentation des amerikanischen Manifests baute in weiten Teilen auf der Theorie des gerechten Krieges des Philosophen Michael Walzer auf.⁴³ Diese wurde auf die Situation der USA nach den Anschlägen vom 11. September 2001 angewendet und es wurde festgehalten, dass der „War on Terror“ den Kriterien des gerechten Krieges genüge.⁴⁴ Die Präambel des Manifests betonte zunächst das Selbstverteidigungsrecht von Nationen in Form von Krieg. Zugleich verlangte sie, dass eine kriegsführende Nation die Prinzipien und Werte, die durch einen Krieg verteidigt werden sollen, der Weltgemeinschaft offenlegt. Der folgende Text benannte als zu verteidigende Prinzipien im „War on Terror“ fünf universell gültige Wahrheiten. Die ersten beiden zielten auf die allgemeine und insbesondere religiöse Freiheit von Individuen ab. Der Regierung eines Staates wurde drittens die Aufgabe zugewiesen, die Gesellschaft zu schützen, wobei das Individuum als Grundeinheit der Gesellschaft benannt wurde. Viertens wurde die Suche nach dem Sinn des Lebens und nach „letzten Zielen“ als natürliches Bedürfnis von Menschen beschrieben. Die letzte universale Wahrheit erklärte das Töten im Namen Gottes als nicht mit dem Glauben an Gott vereinbar. Die Präambel schloss mit dem Satz: „We fight to defend ourselves and to defend these universal principles.“⁴⁵

Im zweiten Teil des Textes wurden die Terroranschläge vom 11. September 2001 als Angriff auf die amerikanische Gesellschaft und deren Wer-

42 Vgl. Roberts, Alex: Introducing the Debate, in: Blankenhorn, David et al. (Hg.): The Islam/West Debate. Documents from a global debate on terrorism, U.S. policy, and the Middle East, Lanham u.a. 2005, S. 15-20, hier S. 15.

43 Vgl. zu Walzers Theorie des gerechten Krieges Walzer, Michael: Gibt es den gerechten Krieg?, Stuttgart 1982.

44 Der Text des Manifests ist in Englisch auf der Seite des „Institute of American Values“ einsehbar unter: http://www.americanvalues.org/html/what_we_re_fighting_for.html [eingesehen am 23.11.2009]. Eine auszugsweise deutsche Übersetzung von Christoph v. Marschall findet sich unter: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/USA/intellektuelle1.html> [eingesehen am 23.11.2009].

45 Ebd.

te interpretiert. Letztere wurden aus der Gründungsgeschichte der USA rekonstruiert und zugleich als universell gültig bezeichnet. Im dritten Teil des Textes stand die Bedeutung von Religion und Gott in Bezug auf den 11. September 2001 und den „War on Terror“ zur Debatte. Obgleich sie Begriffe wie „Kreuzzug“ und „Heiliger Krieg“ mit dem Verweis auf die Präambel ablehnten, hoben die Autoren die Religiosität der amerikanischen Gesellschaft hervor und forderten gegenseitigen Respekt als Grundlage für interreligiöse Konfliktlösung. Kernstück des Manifests war der vierte und letzte Teil, der die Theorie des gerechten Krieges auf den „War on Terror“ anwendete. Folgende Punkte wurden dabei zentral herausgearbeitet: Kriege könnten gerechtfertigt oder gar geboten sein. Ein solches Gebot wurde für den „War on Terror“ bejaht. Wesentliche Bedingung für einen solchen Krieg sei, dass er geführt werde, „to protect the innocent from certain harm“⁴⁶. Diese Gefahr müsse zudem groß genug und es müsse klar sein, dass Verhandlungen die Gefahr nicht abwenden könnten. Beide Bedingungen wurden in Bezug auf den internationalen Terrorismus als gegeben angesehen. Außerdem müssten die Werte, die im Rahmen des Krieges verteidigt werden, einen Krieg rechtfertigen. Kriege „for national glory, to avenge past wrongs, for territorial gain, or for any other non-defensive purpose“ wurden dagegen strikt abgelehnt. Schließlich müsse der Krieg von einer legitimen Macht geführt werden, was den Gegner in Form von Terrorgruppen delegitimierte. Die Regierung der USA stellte in den Augen der Manifestanten eine solche legitime Macht dar. Der Text schloss mit der Selbstverpflichtung, darauf zu achten, dass der Krieg der USA ein gerechter bleibe und die selbst auferlegten Schranken nicht verlasse. Ebenfalls betonte er, dass nicht Islam oder Muslime die Feinde darstellten, sondern nur die terroristische islamistische Bewegung.

Die deutsche Debatte über „What we are fighting for“

Das amerikanische Manifest erhielt in den USA relativ wenig Aufmerksamkeit.⁴⁷ Dies ist erstaunlich, unterzeichneten das Manifest doch äußerst bekannte amerikanische Intellektuelle verschiedener politischer Lager. Sowohl Neokonservative wie Samuel Huntington und Francis Fukuyama als auch Kommunitaristen wie Amitai Etzioni und der zuweilen gar als Sozialist betitelte Michael Walzer unterstützten die Theorie des gerechten Krieges und deren Anwendung auf den amerikanischen „War on Terror“. Die deutsche Presse beobachtete das Manifest von Anfang an etwas aufmerksamer, allen voran der *Tagesspiegel*, der die erste Übersetzung des Textes in Deutsch-

46 Ebd.

47 Vgl. Winkler, Claudia: The U.S.-German Conversation, in: Blankenhorn et al. (Hg.) (s. Anm. 42) 2005, S. 267-270, hier S. 267.

land veröffentlichte.⁴⁸ Im selben Blatt folgte eine begrenzte Debatte über das amerikanische Manifest, in deren Verlauf sich unter anderem der Autor Peter Schneider, der Journalist Malte Lehming und der Politikwissenschaftler Herfried Münkler zu Wort meldeten.⁴⁹ Die Bewertung des Manifests schwankte zwischen einer Klassifizierung als „aufgeklärte Variante des Dschihad“⁵⁰, Bezügen auf das „Manifest der 93“⁵¹ und der prinzipiellen Zustimmung zum „War on Terror“.⁵² Vielen Beiträgen der Debatte war ein gewisses, häufig als explizit europäisch verstandenes Unbehagen gegenüber der Begrifflichkeit des „gerechten Krieges“ gemein. Selbst prinzipielle Verfechter einer offensiven Antwort auf die Terroranschläge sahen in diesem Terminus eine Rechtfertigungsideologie, welche die Gefahr einer „ideologischen Überhöhung von Kriegen“⁵³ in sich trage. Nur wenige, wie Malte Lehming, der als USA-Korrespondent des *Tagesspiegels* die Debatte ins Rollen gebracht hatte,⁵⁴ stellten sich relativ uneingeschränkt hinter die Argumentation des amerikanischen Manifests.⁵⁵ Auch in der *Süddeutschen Zeitung*, *Zeit* und *taz* gab es kleinere Debatten zum US-Manifest. Diese überstiegen die Reaktionen in den USA schon bei Weitem, was Fritz Stern sogleich als „deutliche[n] Hinweis auf die schleichende Entfremdung zwischen Amerika und Europa“⁵⁶ interpretierte.

Die deutsche Antwort

Die Idee der „Koalition für Leben und Frieden“, auf das Manifest „What we are fighting for“ zu reagieren, gewann im Februar 2002 in einem Café im

48 Übersetzt und gekürzt von Marschall, Christoph v.: Terror und die Folgen: „Nächstenliebe verlangt Gewaltanwendung“, in: Der Tagesspiegel, 12.02.2002.

49 Vgl. Schneider, Peter: Positionen: Die aufgeklärte Variante des Dschihad, in: Der Tagesspiegel, 13.02.2002; Lehming, Malte: Aufruf aus Amerika: Kampf um Gerechtigkeit, in: Der Tagesspiegel, 16.02.2002; Münkler, Herfried: Selbstgerechter Krieg, in: Der Tagesspiegel, 23.03.2002.

50 Schneider, Peter: Positionen: Die aufgeklärte Variante des Dschihad, in: Der Tagesspiegel, 13.02.2002.

51 Vgl. Münkler, Herfried: Selbstgerechter Krieg, in: Der Tagesspiegel, 23.03.2002; zum „Manifest der 93“ siehe den Aufsatz von Meyer-Rewerts/Stöckmann in diesem Band.

52 Martenstein, Harald: Der Sturm auf Bagdads Bastille, in: Der Tagesspiegel, 17.12.2002.

53 Münkler, Herfried: Selbstgerechter Krieg, in: Der Tagesspiegel, 23.03.2002.

54 Vgl. Winkler 2005 (s. Anm. 47), S. 268.

55 Lehming, Malte: Aufruf aus Amerika: Kampf um Gerechtigkeit, in: Der Tagesspiegel, 16.02.2002.

56 Zitiert nach o.V.: Es gibt mehr als ein Amerika. Über intellektuelle Kriegsbegeisterung und die Gefahr amerikanischer Alleingänge/Ein Gespräch mit Fritz Stern, in: Süddeutsche Zeitung, 20.03.2002.

Hannoveraner Bahnhof Gestalt. Hier diskutierten die vier Gründer der „Koalition“ das amerikanische Papier und beschlossen, im Namen der „Koalition“ einen Widerspruch zu verfassen, der später eine zwei weitere Briefe umfassende Debatte mit der amerikanischen Seite auslöste. Dabei ging es der „Koalition“ nicht nur um einen intellektuellen Disput über die Theorie des gerechten Krieges, auch verfolgten sie das Ziel, „nachvollziehbar in die öffentliche Debatte zu intervenieren“⁵⁷, so Mohssen Massarrat. Anlass hierfür war der Eindruck der Akteure, dass die pazifistische Position in der europäischen Öffentlichkeit empfindlich geschwächt worden sei, wie die deutsche Mediendebatte über den amerikanischen Brief abermals gezeigt hätte.⁵⁸ Gleichzeitig schienen sich – unter dem nicht nur von Bundeskanzler Gerhard Schröder nach den Terroranschlägen verkündetem Diktum der „uneingeschränkten Solidarität“ – die Bedingungen für Kritik an der amerikanischen Außenpolitik in Afghanistan und dem sich abzeichnenden Irak-Konflikt merklich verschlechtert zu haben. Jörg Becker, später Mitunterzeichner des Antwort-Manifests, beschrieb schon Anfang 2002 die seines Erachtens ausufernde „Kriegs- und Gewaltretorik“⁵⁹ der Medien seit den Terroranschlägen, Johannes Nitschmann diagnostizierte gar einen „journalistischen Ausnahmezustand“⁶⁰. In dieser Situation fasste Massarrat – nach eigener Aussage – den Plan, mit einem Antwort-Manifest die aufgebauten Tabus in Bezug auf die amerikanische Afghanistan-, Mittel- und Nah-Ost Politik zu durchbrechen und aufzuzeigen, dass Europa über alternative Handlungsoptionen verfüge und nicht voll hinter der amerikanischen Variante stehen müsse.⁶¹

Mittels des Manifests verfolgten die deutschen Akteure zudem ein weiteres, theoretisch wie strategisch ambitionierteres Ziel: Die erhoffte öffentliche Debatte sollte Impulse erstens in der deutschen und europäischen Zivilgesellschaft freisetzen und die aus damaliger Sicht der Initiatoren bis dahin mangelhafte Positionierung der Friedensbewegung zum „War on Terror“ vorantreiben. Ausgehend von einer zunächst innerzivilgesellschaftlichen Debatte, sollten das Diktum der Bündnistreue überwunden und friedliche Handlungsalternativen im öffentlichen Raum etabliert werden, die im Idealfall von politischen Entscheidungsträgern aufgegriffen würden. Eine zweite Zielrichtung der deutschen Initiatoren war die amerikanische Diskussion

57 Im Interview mit den Autoren am 21. September 2009 in Osnabrück.

58 Zwar wurden in verschiedenen Kommentaren die Begrifflichkeit, Theorie sowie ideengeschichtliche Tradition des gerechten Krieges kritisiert, jedoch keineswegs eine pazifistische Position vertreten.

59 Becker, Jörg: Afghanistan: Der Krieg der Medien, in: Wissenschaft und Frieden, H. 1/2002.

60 Nitschmann, Johannes: Journalistischer Ausnahmezustand, in: Menschen-Machen-Medien, H. 6/2001, S. 6.

61 So Mohssen Massarrat im Interview mit den Autoren am 21. September 2009 in Osnabrück.

über den „War on Terror“. Hier sollte vor allem der politische Gegner in einen Dialog verwickelt werden. Diese Herangehensweise knüpfte an ein zentrales Element des friedenspolitischen Selbstverständnisses der deutschen Initiatoren an. Demnach sollten Konflikte jedweder Natur über Gespräche, Diskussionen und Austausch gelöst werden. Die eigene im Diskurs mit dem amerikanischen Gegner angewendete Theorie sollte dabei ein offensiv alternatives Handlungsmodell zur neokonservativen Politik der Stärke bereitstellen. Dabei erhoffte die deutsche Seite zwar nicht unbedingt, die Autoren des amerikanischen Manifests von einer alternativen Meinung überzeugen, aber zumindest zukünftige Intellektuelle in ihrer Meinungsbildung beeinflussen zu können. Zum Dritten zielte die Antwort auf die amerikanische Öffentlichkeit ab, vermissten die deutschen Initiatoren zum damaligen Zeitpunkt auch dort eine kritische Debatte. Schließlich hatte es dort keine größeren Reaktionen von Intellektuellen auf das Papier des „Institute for American Values“ gegeben, überhaupt waren kritische Auseinandersetzungen mit der Politik der Bush-Regierung zu dieser Zeit eher selten. Besonders Hans-Peter Dürr war aufgrund seines biographischen Bezugs zur demokratischen Kultur der USA darüber sehr enttäuscht. So sollte das deutsche Manifest den Widerspruch der amerikanischen Zivilgesellschaft unterstützen, indem es alternative Perspektiven und Argumente zur regierungsnahen Position des „Institute for American Values“ bereitstellte.

Eine solche intellektuelle Gegenbewegung zu den Kriegsplänen der Bush-Regierung formierte sich jedoch ausgerechnet in der Entstehungsphase des deutschen Manifests. Ebenfalls in Antwort auf das Manifest des „Institute for American Values“ forderten 140 amerikanische Intellektuelle unter dem Titel: „Letter from U.S. Citizens to Friends in Europe“⁶² europäische Intellektuelle auf, sich gegen die Politik der Neokonservativen in den USA zu stellen, ohne Angst vor dem Vorwurf des Anti-Amerikanismus zu haben. In ihrer Analyse der Anschläge vom 11. September 2001 betonten die Autoren besonders die negativen Auswirkungen der amerikanischen Außenpolitik. Indem diese weite Teile der Erdbevölkerung von grundlegenden Rechten fernhalte, falle den USA eine Mitverantwortung für die strukturellen Ursachen der Terroranschläge zu. Dieser amerikanische Brief wurde von der deutschen Seite früh rezipiert und beeinflusste deren Schreibprozess. Dennoch war die Aufforderung der amerikanischen Oppositionellen keinesfalls der primäre Anlass des deutschen Manifests, wie es etwa Horst-Dieter Strüning in seiner Betrachtung der Debatte behauptete,⁶³ da die Entscheidung schon früher gefällt worden war.

62 Letter from U.S. Citizens to Friends in Europe, in: Blankenhorn et al. (Hg.) 2005 (s. Anm. 42), S. 253-259.

63 Siehe Strüning, Horst-Dieter: Kritische Anmerkungen zum Diskurs US-amerikanischer und deutscher Intellektueller über das Thema *gerechter Krieg*, in: DSS-Arbeitspapiere, H. 65/2003, S. 28-41.

Die dargestellte Zusammensetzung von potenziellen Adressaten des deutschen Manifests hatte starken Einfluss auf die Komposition des Textes. Einerseits musste dieser dialogisch und offen gehalten sein, um mit der amerikanischen Opposition ins Gespräch kommen zu können; andererseits musste er provokant, klar pointiert, eben ein Manifest sein, um Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erhalten und eine mobilisierende Wirkung auf die Zivilgesellschaft entfalten zu können. Inhalt und Schreibweise des Textes werden immer teilweise unverständlich bleiben, wenn man nicht beide Aspekte betrachtet.

Zur Entstehungsgeschichte des deutschen Briefs

Mit diesen Zielvorstellungen im Hinterkopf erarbeitete Mohssen Massarrat nach dem ersten Treffen der Initiatoren einen ersten Textvorschlag für den Antwortbrief, der noch stark an die Ideen der „Koalitions“-Gründung anschloss. Er wurde innerhalb der Gruppe diskutiert, die weitere Bearbeitung übernahm daraufhin Hans-Peter Dürr.⁶⁴ Während einer Schreibphase von etwa vier Wochen diskutierten die Beteiligten intensiv per E-Mail über die Entwicklung des Textes. Hierbei wurden bereits einige der späteren Mitunterzeichner einbezogen, um sprachliche Verständlichkeit und literarische Zugänglichkeit des Textes sicherzustellen. Eine besondere Rolle kam hierbei Walter Jens und dem Pädagogik-Professor Andreas Flitner zu, die den Text intensiv redigierten. Jens drängte dabei auf Kürzungen und eine rhetorische Glättung des Textes. Jürgen Schneider, Professor für Umweltgeologie und Friedensaktivist, sorgte dafür, dass der Debatte um den gerechten Krieg nicht zu viel Raum gegeben wurde.⁶⁵

Die Gewinnung der weiteren Unterzeichner für das Manifest verlief systematisch. Im Wesentlichen wurden hierbei Postverteilerlisten benutzt, die bei IPPNW und GCN noch von früheren Aktionen vorhanden waren. Hinzu kamen Kontakte, die von den Initiatoren privat beigesteuert wurden. Die „Koalition“ wollte dabei mit der Gesamtheit der Mitunterzeichner einen möglichst großen Teil der Zivilgesellschaft abbilden und diese in einem gemeinsamen Projekt vereinigen. Von diesem sollte eine Signalwirkung ausgehen, die weitere Personen für die geäußerten Standpunkte begeistern sollte. Die angestrebte Vielfalt der politischen Herkunft der Unterzeichner sollte zum einen Berührungsängsten und Abgrenzungsprozessen vorbeugen. Zum anderen sollte der potenzielle und schädliche Vorwurf abgefangen werden, die Unterzeichnerschaft bestehe lediglich aus den immer gleichen Protagonisten der Friedensbewegung. Weitere Kriterien für die Auswahl der Mitunterzeichner waren deren früheres politisches oder intellektuelles Engage-

64 So Frank Uhe am 1. Oktober 2009 in Berlin und Hans-Peter Dürr am 9. September 2009 in München im Interview mit den Autoren.

65 So Hans-Peter Dürr im Interview mit den Autoren am 9. September 2009 in München.

ment sowie deren Prominenz, die zumindest bei einem Teil der Manifestantenschaft gegeben sein sollte. Hier wurde zwischen zivilgesellschaftlicher und presserelevanter Bekanntheit unterschieden. Zu Letzterer sollten insbesondere die einem breiteren Publikum bekannten Namen von zum Beispiel Hans-Peter Dürr, Christoph Hein oder Günther Wallraff beitragen. Über dieses Rekrutierungsverfahren, das sich auf bestimmte Auswahlkriterien stützte, lässt sich retrospektiv der insgesamt etwas künstliche und sozial elitäre Charakter der späteren Manifestantengruppe erklären.

Inhalt und Form des deutschen Antwort-Manifests

Der Inhalt des deutschen Antwortbriefs war nicht so klar strukturiert, wie der seines amerikanischen Pendants. Dies kann u.a. mit der politischen Bandbreite der Unterzeichner als auch dem formellen Widerspruch zwischen Dialogbeitrag und Manifest erklärt werden. Der Brief begann mit einer Beschreibung des weltpolitischen Hintergrundes, Bezug genommen wurde dabei vor allem auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 sowie den Krieg in Afghanistan. Weil diese Ereignisse die ganze Welt betrafen, wurde gefordert, dass „weltweit unter Intellektuellen aus den Zivilgesellschaften über die Folgen und Ursachen dieser Ereignisse ein offener und kritischer Dialog“⁶⁶ stattfinden müsse. Hierfür wurde auf den selbst begonnenen Briefwechsel als möglichen Anfangspunkt verwiesen.

Die Anschläge vom 11. September 2001 wurden verurteilt, anschließend begann die zentrale Argumentation. Die im amerikanischen Manifest proklamierten universellen moralischen Werte und Rechte wurden auch für „Menschen in Afghanistan, ja sogar die Taliban und die Al Quaida-Gefangenen auf Guantanamo“⁶⁷ eingefordert. Deren Rechte sahen die deutschen Autoren jedoch verletzt. Der Krieg in Afghanistan wurde dabei explizit als Massenmord an der dortigen Zivilbevölkerung bezeichnet und die Opferzahl auf „über 4000 unbeteiligte Menschen“⁶⁸ beziffert. Den amerikanischen Manifestanten wurde damit vorgeworfen, die universellen Rechte nur für sich selbst zu beanspruchen, diese jedoch bei den vom Krieg Betroffenen zu missachten. Eine solch selektive Anwendung universeller Werte untergrabe hingegen das Vertrauen in die westliche Welt und schaffe neuen Nährboden für Terrorismus. Krieg sei deshalb kein geeignetes Mittel, die Terroranschläge zu beantworten. Dieses Argument wurde von einer Aufzählung unterschiedlichster Fälle begleitet, in denen die US-amerikanische Außenpolitik im klaren Widerspruch zu den universellen Menschenrechten und der Förderung von Demokratie gehandelt habe, ohne allerdings den klar positiv bewerteten Beitrag der Amerikaner im Kampf gegen das nationalsozia-

66 Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus, in: Frankfurter Rundschau, 02.05.2002.

67 Ebd.

68 Ebd.

listische Deutschland unerwähnt zu lassen. Der Begriff des gerechten Krieges wurde im Folgenden theoretisch nicht ernstgenommen, sondern als „unglückseliger historischer Begriff“⁶⁹ abgetan. Der Krieg in Afghanistan und ein potenzieller Angriff auf den Irak wurden als eher geostrategisch motivierter Krieg denn als humanitäre Intervention oder als gerechter Verteidigungskrieg eingeordnet.

Bezüglich der alternativen Varianten zur Bekämpfung des Terrorismus blieb das Manifest etwas unklar. Mit einem Verweis auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Autorenschaft wurde die Konzentration von ökonomischer und militärischer Macht auf Seiten der USA als Ursache für politische Instabilitäten und den gesellschaftlichen Rückhalt von Terrorismus kritisiert. Um letzterem den Boden zu entziehen, müsse weltweit eine Kultur des Respekts geschaffen werden. Voraussetzung hierfür sei jedoch der Abbau des Machtungleichgewichtes und eine wirklich universelle Umsetzung der Menschenrechte. Erst so könne das notwendige Vertrauen für eine kulturübergreifende friedliche Weltordnung geschaffen werden. Zudem wurden weitere Themenkomplexe angesprochen, die im Rahmen einer auf Austausch und Dialog der Kulturen basierenden Weltordnung bearbeitet werden müssten wie Armut, Umweltprobleme und eine gerechte Steuerung der wirtschaftlichen Globalisierung.

In diesem inhaltlichen Block zeigt sich der Text am deutlichsten als Manifest. Trotz der klaren Aufforderung zum Dialog und der Selbstverortung als Antwort fand in dem Text kaum eine systematische Auseinandersetzung mit der Argumentation des amerikanischen Manifests statt. Die Theorie des gerechten Krieges wurde nicht ernsthaft debattiert, vielmehr positionierten sich die deutschen Autoren gegen die amerikanische Politik und deren Bezugnahme auf universelle Werte. Hingegen blieben die eigenen Vorschläge zur friedlichen Lösung des Krieges in Afghanistan kurz und vage. Dies lässt sich sicher auch auf die Rekrutierung der Unterzeichnenden zurückführen, deren angestrebte politische Breite letztlich auch zu einer unkonkreten Position führte.

Neben diesem inhaltlichen Kernblock kritisierte das Manifest zudem den Zustand der politischen Kultur der USA. Dieser wurde vorgeworfen, zunehmend von rassistischen, nationalistischen und religiös-fundamentalistischen Kräften beeinflusst zu werden. Dies führe zu einer vereinfachenden Aufteilung der Welt in Gut und Böse und verstelle den Blick für kulturelle Vielfalt. Ebenfalls wurde die Einschüchterung amerikanischer Intellektueller und Journalisten beanstandet, die sich in den USA kritisch zu den Kriegsplänen der Bush-Regierung geäußert hatten. Die Manifestanten verbanden dies mit einem Appell an die Intellektuellen Amerikas, die liberale Tradition ihres Landes zu verteidigen.

Auch das Verhältnis zwischen den USA und Europa wurde angesprochen. Die Europäer wurden davor gewarnt, den amerikanischen Forderungen

69 Ebd.

gen nach Unterstützung ihrer Außenpolitik und des „War on Terror“ allein aus blindem Gehorsam zu folgen. Die deutschen Manifestanten forderten hingegen eine eigenständige, auf Kooperation gegründete Außenpolitik der EU, die in der Lage sein müsse, den USA im Zweifel Paroli zu bieten. Die „uneingeschränkte Solidarität“, welche die politische Klasse in Europa zu diesem Zeitpunkt gegenüber den USA verkündete, führe zu moralisch falscher, perspektivloser Politik und entmündige die Bürger.

Zum weiteren Verlauf des Dialogs

Nachdem 103 Unterzeichner gefunden worden waren, wurde das deutsche Manifest am 2. Mai 2002 zeitgleich auf den Dokumentationsseiten der *Frankfurter Rundschau*⁷⁰ veröffentlicht und von Hans-Peter Dürr an David Blankenhorn, den Präsidenten des „Institute for American Values“, versandt. Die Veröffentlichung in der *Frankfurter Rundschau* sei, so der Organisator Frank Uhe, über persönliche Kontakte der Initiatoren mit dortigen Journalisten arrangiert und bereits längerfristig als passender Ort für die Erstveröffentlichung anvisiert worden. Die Länge des Textes wurde durch diese Entscheidung vorab auf das übliche Format der Dokumentationsseite festgelegt.⁷¹ An der Verbreitung des Manifests durch die Massenmedien beteiligten sich alle vier Initiatoren. Sie veröffentlichten am 2. Mai 2002 eine Pressemitteilung,⁷² die sie auf verschiedene Weise verteilten. So kümmerten sich Heiko Kauffmann und Frank Uhe mittels der bestehenden Informationsverteiler ihrer Organisationen „Pro Asyl“ und IPPNW um verschiedenste Nachrichtenagenturen – darunter sowohl große als auch ihnen bereits bekannte und spezialisierte wie *KNA* oder *IPS*. Alle vier Initiatoren versuchten zudem, Journalisten einzelner Medien entweder aufgrund persönlicher Kontakte oder mit Verweisen auf die Prominenz einiger der Unterzeichner in persönlichen Gesprächen zur Berichterstattung über das Manifest zu bewegen.

Die amerikanische Seite antwortete auf den Brief der Deutschen am 8. August 2002 mit einem weiteren offenen Brief. Unter dem Titel „Is the Use of Force Ever Morally Justified?“⁷³ kritisierte sie den deutschen Text als oberflächliche, affektive Reaktion. Die positive Bewertung des amerikanischen Kriegsbeitrages im Zweiten Weltkrieg durch die deutschen Autoren

70 Ebd.

71 So Frank Uhe am 1. Oktober 2009 in Berlin, Hans-Peter Dürr am 9. September 2009 in München und Mohssen Massarrat am 21. September 2009 in Osnabrück im Interview mit den Autoren.

72 Diese befindet sich im privaten Besitz der Autoren.

73 Der offene Brief „Is the use of force ever morally justified?“ ist online einsehbar unter: http://www.americanvalues.org/html/is_the_use_of_force_ever_moral.html [eingesehen am 21.12.2009].

zeige zudem die theoretische Widersprüchlichkeit und moralische Inkonsistenz ihrer Position: Denn an dieser Stelle argumentierten sie im Sinne der amerikanischen Position des gerechten Krieges und nicht als radikale Pazifisten. Dann jedoch hätten sich die Deutschen auf eine theorieinterne Debatte über den „War on Terror“ einlassen müssen und dürften den Begriff des gerechten Krieges nicht einfach ablehnen.

Auf diese Kritik reagierte wiederum die „Koalition für Leben und Frieden“ im letzten Brief des transatlantischen Dialogs. In der Schrift „Im 21. Jahrhundert gibt es für Krieg keinerlei Rechtfertigung mehr“⁷⁴ fand eine wesentlich intensivere theoretische Auseinandersetzung mit dem Kriegsbegriff und der Begründung für die eigene Position statt. Die Deutschen argumentierten hier auf zwei Ebenen: Einerseits lehnten sie den Begriff „Krieg“ für den „War on Terror“ ab, andererseits äußerten sie Einwände gegen die Theorie des gerechten Krieges. Zum Beispiel war aus Sicht der „Koalition“ der Begriff des „Krieges“ für gewaltsame Auseinandersetzungen allein zwischen Staaten reserviert. Letzterer unterliege zudem den Regeln des Völkerrechts, nach dem die Verfolgung von Terroristen eine polizeiliche Aufgabe sei. Entgegen der Theorie des gerechten Krieges argumentierten sie, dass mit den heutigen Waffentechnologien ein Krieg zudem schlicht irrational sei, da die potenziell angerichteten Zerstörungen jede moralische Begründung ad absurdum führten. Die Ablehnung des Krieges bedürfe demnach keiner moralischen Begründung, sondern es reiche „schlicht pragmatische und abwägende Vernunft“⁷⁵. Ein zweiter Einwand gegen die Theorie des gerechten Krieges problematisiert das Fehlen einer Instanz, die die moralische Begründung der kriegsführenden Parteien überprüfen kann. So könne jede Seite ihren Krieg als gerechten definieren.

Am Schluss des direkten Dialogs zwischen der amerikanischen und der deutschen Seite stand der persönliche Kontakt zwischen Hans-Peter Dürr und David Blankenhorn. Beide trafen sich mehrfach zu Gesprächen in New York, um die in den Manifesten formulierten Positionen zu diskutieren. Dürr zufolge war Blankenhorn zwar „grundehrlich und fromm“, habe sich von seiner friedenspolitischen Position jedoch nicht überzeugen lassen.⁷⁶ Im Rahmen dieser Konversation referierte Dürr auch am „Institute for American Values“. Hier glaubte er, zumindest bei den jüngeren Mitarbeitern eine grundsätzliche Aufgeschlossenheit gegenüber seiner Position erkannt zu haben.⁷⁷

74 Der offene Brief „Im 21. Jahrhundert gibt es für Krieg keinerlei Rechtfertigung mehr“ ist online einsehbar unter: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/USA/intellektuelle4.html> [eingesehen am 21.12.2009].

75 Ebd.

76 So Hans-Peter Dürr im Interview mit den Autoren am 9. September 2009 in München.

77 Ebd.

Zwischenfazit

Der Brief „Eine Welt des Friedens und der Gerechtigkeit sieht anders aus“ lässt sich anhand von zwei Strängen einordnen. Einerseits war er Teil eines Dialogs zweier Gruppen, die sich über ihre gegensätzlichen Positionen verständigten. Andererseits stellte er ein Manifest einer zivilgesellschaftlichen Gruppe dar, in dem – zumindest dem eigenen Anspruch nach – die Meinung eines weiten Teils der deutschen Friedensbewegung und Zivilgesellschaft zu einem aktuellen Ereignis, dem „War on Terror“, artikuliert wurde. Als Dialog gesehen, irritiert der Charakter des Textes allerdings. Er bot keine systematische Analyse der amerikanischen Argumentation, sondern postulierte eine alternative Analyse. Ein dialogischer Charakter war erst in Reaktion auf die harsche Kritik der amerikanischen Seite im zweiten Brief der „Koalition“ deutlich erkennbar, indem die Argumentation des Gegenübers aufgenommen und direkt kritisiert wurde.

Der erste Brief hingegen, der im Zentrum dieses Artikels steht, lässt sich in seiner Form und Absicht besser als Manifest einordnen. So zielte dieser von Beginn an auf eine größere Öffentlichkeit ab und wurde von den Initiatoren als Akt der Zivilgesellschaft verstanden. Er war kein journalistischer Kommentar oder literarisches Werk, sondern ein in der Absicht der Meinungsäußerung geschriebener Text. Er formulierte in pointierter Sprache Kritik an „What we are fighting for“, darüber hinausgehend auch an der amerikanischen Außenpolitik und zeigte alternative Problemlösungsstrategien auf. Die namentliche Signatur des Textes ist ebenfalls vorhanden, ja von den Initiatoren reflektierter Zweck zur Erhöhung der Durchschlagskraft.⁷⁸ Als Manifest hatte der Text zwei Aufgaben. Zum einen sollte er mediale Aufmerksamkeit für pazifistische Argumente erzeugen und so die diskursive Position der geschwächten Friedensbewegung verbessern. Zum anderen sollte er bereits in seinem Entstehungsprozess aktive zivilgesellschaftliche Akteure zusammenführen und in seiner öffentlichen Wirkung der Bewegung als integratives Symbol dienen. Als zentrale Voraussetzung, um diese Ziele zu erreichen, erschien vor allem die erfolgreiche Positionierung des Manifests in der Öffentlichkeit. Deswegen war die Orientierung des systematisch geplanten und durchgeführten Manifestationsprozesses an medienlogischen Anforderungen sinnvoll und notwendig.

78 Vgl. zu diesen Definitionskriterien für ein politisches Manifest die Einleitung in diesem Band.

REAKTIONEN IN MEDIEN, WISSENSCHAFT UND PUBLIZISTIK

Um sich der Frage nach dem Erfolg des Manifests – im Sinne des Erreichens der Ziele der Initiatoren – anzunähern, werden an dieser Stelle Reaktionen analysiert, die das deutsche Manifest hervorgerufen hat. Da mediale Reaktionen wesentlich dazu beitragen, ob und wie ein Manifest von der Öffentlichkeit rezipiert wird, ist deren Analyse für die Beurteilung des Erfolgs besonders wichtig. Da zudem sonstige Reaktionen schwer zu identifizieren und nur selten in schriftlicher oder erinnelter Form zugänglich sind, soll sich die Analyse der Reaktionen auf das deutsche Manifest von 2002 auf die Bereiche Printmedien, politische Publizistik und Wissenschaft konzentrieren.

Im Bereich der öffentlichen Reaktionen ist auffällig, dass sich die mediale Reaktion auf den Bereich der Printmedien konzentrierte⁷⁹ und – unterschieden nach Umfang und Intensität – in verschiedenen Schüben verlief. Abgegrenzt von der bereits betrachteten Mediendebatte über das US-Manifest vom Februar 2002 können die Reaktionen auf das deutsche Manifest vom Mai 2002 in drei Phasen eingeteilt werden: erstens die direkte tagessaktuelle Berichterstattung der Printmedien über dessen Veröffentlichung; zweitens die indirekte und referenzielle Berichterstattung in Folge des Antwortbriefs der Amerikaner im August 2002; und drittens die verzögerte Betrachtung des gesamten Briefwechsels in Wissenschaft und Publizistik in den folgenden Jahren. Öffentliche oder private Reaktionen von offiziellen politischen Akteuren oder Institutionen wurden nicht ermittelt.⁸⁰

Die erste Welle der medialen Reaktionen

Direkte Reaktionen auf das am 2. Mai 2002 in der *Frankfurter Rundschau* veröffentlichte Manifest erfolgten in der Presse bis etwa zur Mitte des Monats. In regionalen und überregionalen Printmedien erschienen ab dem Veröffentlichungstag Meldungen und Berichte, die vor allem Ausschnitte des Inhalts wiedergaben.⁸¹ Zwei Elemente griff die Berichterstattung dabei häufig auf: Zum einen wurde ein einheitlicher Kreis von Unterzeichnern

79 Im Rahmen der Recherche konnten keinerlei Beispiele für Berichterstattung in Rundfunk und Fernsehen gefunden werden. Unter Berücksichtigung des Charakters der Printbeiträge sei die These gewagt, dass das vorliegende Manifest, wie vielleicht die meisten Manifeste, eher eine Sache des im Print konzentrierten politischen Feuilletons ist.

80 Dies deckt sich mit den Aussagen von Hans-Peter Dürr, Mohssen Massarrat und Frank Uhe.

81 In den Tagen nach der Veröffentlichung fanden sich Meldungen in: *taz*, *Berliner Zeitung*, *Neues Deutschland*, *Die Welt* und *Publik Forum*. Längere Berichte fanden sich in: *Neue Osnabrücker Zeitung*, *Neue Rhein Zeitung* und *Süddeutsche Zeitung*.

exemplarisch für alle Manifestanten benannt. Von den insgesamt 103 Unterzeichnern waren dies neben den vier Initiatoren vor allem der Psychoanalytiker Horst Eberhard Richter, der Theologe Friedrich Schorlemmer, der Rhetorik-Professor Walter Jens, es folgten die Autoren Peter Rühmkorf, Christoph Hein, Günther Wallraff und Carl Amery. Weitere Manifestanten scheinen in der medialen Berichterstattung nicht erfasst worden zu sein. Zweitens war ein festes Set von inhaltlichen Bezügen zu beobachten, das aus dem Manifest extrahiert wurde und Eingang in die mediale Berichterstattung fand. Dazu gehörten: die Verneinung des Zutreffens der Anforderungen des gerechten Krieges im Fall Afghanistan, die Instrumentalisierung und Nichteinhaltung der universellen moralischen Maßstäbe durch die USA sowie das Fehlen universeller Werte, die den Krieg in Afghanistan von Seiten der USA hätten rechtfertigen können.⁸² Zudem ähnelten sich die Meldungen und Berichte der Presse und die vermutlich zugrundeliegenden Texte verschiedener Nachrichtenagenturen in Bezug auf Inhaltsauswahl und Formulierungen teilweise stark.⁸³ Einige Zeitungen druckten das Manifest am Tag nach dem ersten Erscheinen noch einmal in gekürzter Fassung ab.⁸⁴ Meinungsbeiträge zum deutschen Manifest waren hingegen relativ rar und in ihrem Charakter sehr different. In einem längeren Kommentar im *Kölner Stadtanzeiger* kritisierte der Publizist Ralph Giordano das deutsche Manifest scharf.⁸⁵ Er warf den deutschen Manifestanten eine verworrene Argumentation und einen pathologischen Antiamerikanismus vor, durch den die amerikanischen Opfer zu Tätern erklärt, während die echten Täter mit Verweis auf angebliche sozialstrukturelle Ursachen von der Verantwortung freigesprochen würden. Giordano plädierte hingegen dafür, die Attentäter zu „stigmatisieren“, als „das was sie sind: Gewalttäter, Totschläger [...] Massenmörder – und sonst gar nichts“.⁸⁶ Dabei diskreditierte er mittels eines zum Teil drastischen Vokabulars nicht nur die Manifestanten selbst, sondern die gesamte deutsche Friedensbewegung. Auf diesen publizistischen Exzess reagierte im gleichen Medium der Schriftsteller und Mitunterzeichner des deutschen Manifests, Carl Amery.⁸⁷ In seinem wesentlich differenzierteren und sachlicheren Beitrag verteidigte er sich gegen den Vorwurf des Anti-

82 Vgl. beispielhaft Semler, Christian: „Wogegen wir kämpfen“ – eine Antwort, in: *die tageszeitung*, 03.05.2002.

83 Den Autoren sind die entsprechenden Agenturberichte von *DPA*, *DDP*, *KNA*, und *IPS* vom 2. Mai 2002 bekannt. Zum Agenturtext besonders frappierende Ähnlichkeiten finden sich z.B. in: *Neues Deutschland* (*DDP*) und *Neue Rhein Zeitung* (*DPA*).

84 Vgl. *Neues Deutschland* und *Kölner Stadtanzeiger* vom 3. Mai 2002.

85 Vgl. Giordano, Ralph: Mörder sind Mörder – und sonst gar nichts, in: *Kölner Stadtanzeiger*, 06.05.2002.

86 Ebd.

87 Siehe Amery, Carl: Verstehen, nicht rechtfertigen, in: *Kölner Stadtanzeiger*, 11./12.05.2002.

amerikanismus. Er betonte, dass sich die Kritik an den USA in erster Linie gegen die Politik des „regierenden Power-Komplex“ richte. Dabei gehe es ausschließlich um die Analyse der Anschläge des 11. September, nicht aber um deren Rechtfertigung. Dieses Vorgehen sei notwendig, um sich einen Überblick zu verschaffen und jede Art von „Macht-Zynismus“⁸⁸ zu kritisieren, gleich von welchen Akteuren dieser ausgeübt werde. Eine differenziert analysierende und wertende Auseinandersetzung fand überdies nur in der *taz* statt. Hier gelangte der Journalist Christian Semmler in gleich zwei Texten nach einer umfassenden inhaltlichen Kritik zu einem tendenziell versöhnlichen Urteil, in dem er die mögliche positive Funktion des deutschen Manifests für die Zivilgesellschaft hervorhob.⁸⁹ Ein ähnliches Urteil fällte ein Kommentator im *Neuen Deutschland*, der jedoch weniger den Inhalt des Manifests als dessen Veröffentlichung entgegen dem herrschenden Meinungsklima und dessen mögliche Funktion für den Gesamtdiskurs lobte.⁹⁰

Insgesamt kann so festgehalten werden, dass die erste mediale Reaktion zwar auf regionaler wie überregionaler Ebene vernehmbar, jedoch weder quantitativ noch qualitativ besonders durchschlagend war. So gab es trotz der intensiven Pressearbeit der Initiatoren von vielen der auflagen- und meinungsstarken Printmedien keine zeitlich direkte Reaktion. Die vorliegenden Artikel wiesen überwiegend die Form der Meldung und des Berichtes auf und waren inhaltlich entsprechend undifferenziert. Den Manifestanten gelang es somit nicht, einen breiten und differenzierten Diskurs über die Themen ihres Manifests direkt zu provozieren.

Reaktionen privater Akteure

Direkt im Anschluss an das deutsche Manifest erfolgten auch einige private Reaktionen. Zum einen gab es einigen unterstützenden Zuspruch von Privatpersonen. Zu beobachten war dies etwa in E-Mails, die über die Kontaktfunktion auf der Homepage der IPPNW an die Manifestanten gerichtet wurden.⁹¹ Hier äußerten Personen ihre Zustimmung zum Manifest; wiederkehrendes Motiv dabei war die Dankbarkeit für die stellvertretende Kritik an der amerikanischen Politik durch prominente Personen, die im Gegensatz zu normalen Bürgern im öffentlichen Raum Gehör fänden. Der offene Brief habe von dem Gefühl des Alleinseins mit der Ablehnung der amerikani-

88 Ebd.

89 Vgl. Semmler, Christian: Dialog über den Teich, in: die tageszeitung, 03.05.2002; ders.: „Wogegen wir kämpfen“ – eine Antwort, in: ebd.

90 Vgl. Hübner, Wolfgang: Späte Antwort, in: Neues Deutschland, 03.05.2002.

91 Gesammelt und zusammengestellt wurden diese in einem Reader der „Koalition für Leben und Frieden“ unter dem Titel: „Antwort auf das amerikanische Manifest ‚Gerechter Krieg gegen den Terror‘. ‚Eine Welt des Friedens und der Gerechtigkeit sieht anders aus‘“, verfügbar über die Geschäftsstelle der IPPNW, Berlin.

schen Politik befreit, so der Tenor verschiedener E-Mails. Die Repräsentationsfunktion des intellektuellen Manifests scheint hier somit prototypisch erfüllt worden zu sein. Welche Breitenwirkung dieses Phänomen aber erreichte, kann nicht mehr abgeschätzt werden. Neben diesen kurzfristigen, einmaligen Reaktionen entwickelten sich aus dem Manifest heraus auch längerfristige private Diskussionen zwischen Manifestanten und anderen Intellektuellen. Hierbei ging es eher um die Äußerung und Bearbeitung von Dissens. Massarrat beispielsweise diskutierte auf privater Ebene mit Giordano über dessen Kritik im *Kölner Stadtanzeiger*.⁹²

Die zweite Welle medialer Reaktionen

Ein vor allem qualitativ andersartiges Bild ergibt sich allerdings bei der Betrachtung der zweiten Welle medialer Reaktionen. Diese fand im Rahmen der Berichterstattung der Printmedien über die Veröffentlichung des zweiten amerikanischen Briefs am 8. August 2002 statt. Nachdem *Spiegel Online* bereits am 9. August über diesen berichtet hatte, erschien in der *Süddeutschen Zeitung* am 10. August eine gekürzte Fassung des amerikanischen Briefs.⁹³ Bis zum Ende des Monats erschienen mindestens zehn längere Berichte oder Kommentare in großen überregionalen Printmedien.⁹⁴ Die meisten dieser Berichte stellten das deutsche Manifest vom Mai 2002 in einem chronologischen und inhaltlichen Zusammenhang mit den beiden amerikanischen Briefen aus dem Februar und August 2002 dar. Die zumeist plakative und knappe Gegenüberstellung der Manifestanten und Inhalte der Manifeste trug zu einer wesentlich stärkeren Betonung des dialogischen Charakters der Manifeste bei als noch in der Berichterstattung im Mai desselben Jahres. Gleichsam wurde abermals auf eine kleine Gruppe von Personen verwiesen, die als relevante Repräsentanten für die Gesamtheit der Manifestanten identifiziert wurde. Dieser Personenkreis bestand aus den bereits genannten Personen, neu hinzugefügt wurden der Journalist Franz Alt, der Liedermacher Konstantin Wecker, der Graphiker Klaus Staack, die Theologin Dorothee Sölle und der Schriftsteller Uwe Timm. Diesen Personenkreis konnotierten die Kommentare zumeist negativ. Während sie den amerikanischen Manifestanten bescheinigten, als „namhafte Universitätsprofessoren“ und „Highbrows“ zu den „wichtigsten Wortführern des politischen intellektuellen Diskurses“ zu gehören und ein „breites Spektrum politischer Positio-

92 So Mohssen Massarrat im Interview mit den Autoren am 21. September 2009 in Osnabrück.

93 Siehe o.V.: US-Brandbrief gegen deutsche Intellektuelle, in: *Spiegel Online*, 09.08.2002, online einsehbar unter: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,208801,00.html> [eingesehen am 12.12.2009]; o.V.: Der Stachel im Fleisch, in: *Süddeutsche Zeitung*, 10.05.2002.

94 Diese finden sich u.a. in: *Spiegel*, *Süddeutsche Zeitung*, *Tagesspiegel* und *Welt*.

nen“ abzubilden,⁹⁵ wurden die deutschen Autoren mit negativen Konnotationen und Stereotypen belegt. So habe es sich bei den Deutschen um anachronistisch wirkende „intellektuelle Stars der siebziger und achtziger Jahre“ gehandelt, „selbst ernannte Moralapostel“ und die „übliche Gruppe von Mahnern und Warnern“.⁹⁶ Diese negativen Stereotype wurden mit weiteren negativen Attributen unterfüttert. So hätte sich der deutsche Text vor allem durch „intellektuelle Dürftigkeit“, „begriffliche Unschärfe“, einen wohlfeilen und vagen Pazifismus und starken Antiamerikanismus ausgezeichnet.⁹⁷ Während die Amerikaner einen kommunikativen wie plakativen Stil in ihrem Schreiben gepflegt hätten, wäre die deutsche Antwort in der Tonlage eines „Schulmeisters“ oder „Bischofsbriefs“ verblieben.⁹⁸ Neben wenigen positiven Würdigungen⁹⁹ überwog damit in der Berichterstattung der zweiten Welle insgesamt eine sehr kritische Bewertung der deutschen Manifestanten als auch ihrer Positionen. Insofern schlossen sich die deutschen Medien in ihrem Urteil dem zweiten amerikanischen Brief weitgehend an und reproduzierten damit die Vorwürfe der Amerikaner an die Deutschen.¹⁰⁰ Trotzdem nahmen die meisten Kommentatoren dabei gleichzeitig eine kritische Haltung gegenüber der Position des amerikanischen Manifests ein und führten eigene, in Teilen auch sehr differenzierte Einwände gegen die dortige Argumentation für die Theorie des gerechten Krieges und deren Anwendung auf den „Krieg gegen den Terror“ an.¹⁰¹

Hier soll somit festgehalten werden, dass die mediale Reaktion der zweiten Welle in Bezug auf die Prominenz der Medien, den inhaltlichen Umfang und die Intensität der Berichterstattung wesentlich ausgeprägter war. Dabei wurde zumeist eine recht differenziert begründete Skepsis gegenüber dem amerikanischen Manifest mit einer starken bis drastischen Kritik an den deutschen Manifestanten als Stellvertreter der deutschen Friedensbewegung kombiniert. Letztere wies zudem verschiedene Bezüge auf die Debatten

95 Siehe folgende Meldungen und Kommentare: o.V.: „Moralisch Blind“, in: die tageszeitung, 10.08.2002; o.V.: Heute in den Feuilletons, in: Spiegel Online 10.08.2002, online einsehbar unter: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,208989,00.html> [eingesehen am 12.12.2009].

96 Fuhr, Eckard: Ungleiche Briefe, in: Die Welt, 13.08.2002; Buch, Christoph: Schlagabtausch, in: Der Tagesspiegel, 14.08.2002; Schneider, Peter: Falsche Gewissheit, in: Der Spiegel, 26.02.2002.

97 Buch, Christoph: Schlagabtausch, in: Der Tagesspiegel, 14.08.2002.

98 Schneider, Peter: Falsche Gewissheit, in: Der Spiegel, 26.02.2002.

99 Vgl. o.V.: Diffuser Fundamentalismus, in: Der Freitag, 23.08.2002.

100 Vgl. beispielhaft o.V.: Heute in den Feuilletons, in: Spiegel Online 10.08.2002, online einsehbar unter: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,208989,00.html> [eingesehen am 12.12.2009]; vgl. auch Cosmo, Claudia: Gummi-Moral, in: Der Tagesspiegel, 10.08.2002.

101 Vgl. beispielhaft Buch, Hans Christoph: Schlagabtausch, in: Der Tagesspiegel, 14.08.2002.

über humanitäre Interventionen und Diskursformationen des Streits zwischen Bellizisten und Pazifisten in den 1990er Jahren auf. Somit können die Bemühungen der deutschen Initiatoren um politische Pluralität und Repräsentativität als weitgehend gescheitert angesehen werden. Die Kritik richtete sich zudem gegen den Inhalt des deutschen Manifests und lässt sich anhand der jeweiligen Position in der Debatte über den gerechten Krieg klassifizieren. Eine erste Form der Kritik an den Deutschen ging zumeist mit der Verteidigung der Theorie des gerechten Krieges sowie der politischen Positionierung der Amerikaner einher. Eine zweite ließ sich im Gegensatz zum deutschen Manifest zwar auf die Theorie des gerechten Krieges ein, argumentierte aber, dass die vorgegebenen Kriterien im Falle Afghanistans und des Iraks nicht zuträfen. Eine weitere Position, die vor allem eine semantische Kritik der Terminologie der Amerikaner als auch der Theorie des gerechten Krieges übte, bezog sich zumeist auf andere Überlegungen und Einwände als das deutsche Manifest. Insofern scheint auch das Ziel des deutschen Manifests, pazifistische Argumente im öffentlichen Raum zu verankern, weitgehend gescheitert zu sein.

Für die insgesamt limitierte publizistische Wirkungskraft des deutschen Manifests in der öffentlichen Debatte lassen sich folgende mögliche Ursachen nennen: Zunächst wurden verschiedene medienlogisch bedingte Anforderungen nicht erfüllt. Der vom deutschen Manifest erzeugte direkte Nachrichtenwert schien vielen Medien, vor allem im Vergleich mit dem ersten Manifest der Amerikaner, offensichtlich zu gering zu sein. In der Rezeption der Medien erfüllten die deutschen Manifestanten erstens nicht das geforderte Maß an Prominenz. Oftmals wurde die geringere intellektuelle und politische Bedeutsamkeit der deutschen Manifestanten gerade in Relation zu ihren amerikanischen Kollegen betont. Diese relative Abwertung wurde zweitens mit einer Kritik insbesondere an den durchaus bekannten deutschen Manifestanten verbunden. Ihre Prominenz wurde dabei negativ verkehrt, indem das hohe Maß des politischen Engagements vieler Manifestanten als Indiz für die Beliebigkeit ihrer politischen Position interpretiert wurde. Drittens wurden die deutschen Manifestanten als politisch einheitlich orientierte Gruppe wahrgenommen, der amerikanischen Seite dagegen ein hohes Maß an religiöser und politischer Pluralität attestiert. Während die Einigkeit der Amerikaner positiv als Indiz für die intellektuelle Bedeutsamkeit, theoretische Richtigkeit und ideologische Neutralität ihrer Position gewertet wurde, wurden die Deutschen nur als politisch homogene Gruppe wahrgenommen, deren Aussage keine oder eben nur eine partikular repräsentative Funktion erfüllte. Indem die 103 Manifestanten kollektiv der Friedensbewegung zugeordnet wurden, konnte sich viertens sogar in negativer Weise auf sie bezogen werden, indem die spezielle Kritik am Inhalt des Manifests mit einer generellen an der pazifistischen Position verbunden werden konnte. Da letztere als praktisch unanwendbar, politisch anachronistisch und moralisch inkonsistent eingestuft wurde, schien nicht nur die im Manifest formulierte Position, sondern gleichsam die persönliche politische

Position der deutschen Manifestanten selbst angreifbar. Es kann hier hinzugefügt werden, dass die Position der Deutschen fünftens als alt und verbraucht rezipiert wurde, während die amerikanische Argumentation zwar nicht immer geteilt, aber immerhin als neu und innovativ eingestuft wurde. So entsprach zwar das amerikanische Manifest, nicht aber das deutsche der nicht nur in den Medien dominanten Innovationslogik. Das deutsche Manifest, so lässt sich resümieren, war seinem amerikanischen Pendant in Bezug auf medienlogische, allgemein-politische und diskursive Anforderungen insgesamt systematisch unterlegen.

Die dritte Welle der Reaktionen in Wissenschaft und Publizistik

In den Bereichen der politischen Publizistik und Wissenschaft ist der Dialog zwischen den deutschen und amerikanischen Intellektuellen häufig aufgegriffen worden. Dies geschah zwar seltener in Form von Analysen des Dialogs, dennoch können drei verschiedene Varianten der Interpretation des Dialogs selbst gefunden werden, die zumindest implizit eine Rolle spielten. Erstens lassen sich Kritiken finden, die sich häufig durch polemische Schmähung der deutschen Dialogseite als anti-amerikanisch, antisemitisch und latent faschistisch auszeichneten.¹⁰² In den geführten Gesprächen zeigten sich die Autoren der deutschen Briefe von diesen Vorwürfen durchaus emotional betroffen, hätten sie sich doch seit Langem in den Bereichen der Völkerverständigung, des Kampfes gegen Rechtsextremismus und für gleiche Rechte aller Menschen engagiert. Eine etwas differenziertere Betrachtungsweise interpretierte den Dialog als Ausdruck einer neuen Spaltung zwischen europäischer und amerikanischer Weltansicht, die seit Ende des Kalten Krieges auseinander treiben würden.¹⁰³ In dieser Interpretation spielten die in den Briefen formulierten unterschiedlichen Werte eine große Rolle. Besonders die Ableitung der Werte aus der amerikanischen Geschichte und die Betonung von Gott und Religion in „What we are fighting for“ stünden in scharfem Widerspruch zur Position Europas, das sich in der Tradition des Völkerrechts des Westfälischen Friedens sehe und auf Kriegsvermeidung durch Verständigung setze. Eine dritte Interpretation analysierte psychologische Faktoren der Auseinandersetzung. So sah der Friedensforscher Reiner Steinweg auf den beiden Seiten des Dialogs nicht nur den Willen, sich inhaltlich über das Thema auszutauschen, sondern schrieb ihnen weitere Be-

102 Vgl. Krug, Uli/Volkert, Bernd: Vorkrieg I: Hate Letters to America, in: Uwer, Thomas et al. (Hg.): Amerika. Der ‚War on Terror‘ und der Aufstand der Alten Welt, Freiburg 2003, S. 153-168.

103 Vgl. Stephan, Alexander: Der wiedererwachte Systemkonflikt. Der „neue“ Bruch zwischen den USA und Europa ist eigentlich ein „alter“, in: Strasser, Hermann/Nollmann, Gerd (Hg.): Endstation Amerika? Sozialwissenschaftliche Innen- und Außenansichten, Wiesbaden 2005, S. 71-92.

weggründe zu: Die amerikanische Seite versuche, für Verständnis für die eigenen Reaktionen auf den Terrorangriff zu werben, während die deutsche Seite ihre Frustration über die amerikanische Außenpolitik entlade.¹⁰⁴

Wesentlich häufiger als solche Interpretationen des Dialogs finden sich Texte, die den Dialog als Aufhänger für eigene inhaltliche Betrachtungen des Themas wählten und so die von der deutschen Seite angestrebte Debatte führten. Auffällig dabei ist, dass diese zumeist aus der Friedensforschung oder Ethik stammenden Texte sich eher mit der amerikanischen Seite des Diskurses beschäftigten. Zumeist wurde eine gewisse theoretische Unzulänglichkeit der deutschen Gegenargumentation analysiert und versucht, innerhalb der Theorie des gerechten Krieges die Positionen von „What we are fighting for“ zu unterminieren.¹⁰⁵

Zwischenfazit

Insgesamt fungierte das deutsche Manifest also nur in geringem Maße als Auslöser direkter differenzierter öffentlicher Reaktionen und wurde in seiner Funktion als Manifest weitestgehend negativ rezipiert. Dennoch wirkte es in seinem dialogischen Charakter als Katalysator sowohl für den transatlantischen Dialog selbst als auch für die an diesen anknüpfenden Diskurse der zweiten und dritten Welle. So kann insgesamt das Manifest der Deutschen kaum als Misserfolg gewertet werden, nur erreichte es seinen Erfolg eben weniger mit den Mitteln des klassischen Manifests. Interessanterweise gewann der Text der Deutschen seine volle Bedeutung erst, als die amerikanische Seite mit „Is the use of force ever morally justified?“ direkt auf diesen reagierte. Mit diesem Ereignis gewann die Berichterstattung der deutschen Medien an Intensität und Qualität. Was die deutschen Medien hier vor allem interessierte, war weniger das deutsche Manifest als solches, sondern die dialogische Form, in deren Rahmen der transatlantische Briefwechsel nunmehr stark rezipiert wurde. So zwangen erst die Bezüge auf das deutsche Manifest, die im zweiten amerikanischen Brief plakativ formuliert wurden, die deutschen Medien, sich abermals und intensiv mit der Argumentation und Position des deutschen Manifests auseinanderzusetzen. Bis zum Zeitpunkt des zweiten amerikanischen Briefs war die Reaktion der „Koalition“ eine unter vielen gewesen und aus den oben genannten Ursachen kaum differenziert betrachtet worden. Nun aber wurde sie als Teil eines echten Dialoges rezipiert, der mehr war als Rede und Gegenrede. Dieser Aspekt des

104 Siehe Steinweg, Reiner: Zum Streit um den „Gerechten Krieg“. Die rationale und die psychische Ebene im Dialog der amerikanischen und deutschen Intellektuellen, online einsehbar unter: <http://www.bpb.de/files/40VZGY.pdf> [eingesehen am 12.12.2009].

105 Vgl. Strüning 2003 (s. Anm. 63); Beestermöller, Gerhard et al. (Hg.): „What we are fighting for ...“ – Friedensethik in der transatlantischen Debatte, Stuttgart 2006.

Dialogs und des Streits von Intellektuellen auf beiden Seiten des Atlantiks stellte insofern einen eigenen Nachrichtenwert dar, der den deutschen Antwortbrief nachträglich interessant machte.¹⁰⁶ Hier allerdings wurde der deutsche Brief von seinem Manifest-Charakter eingeholt: Die klare eigene Positionierung und die plakative Negation der amerikanischen Argumentation wirkten für einen Dialogbeitrag unangemessen. So handelten sich die deutschen Autoren den Vorwurf einer affektiven, emotionalen oder gar schlicht antiamerikanischen Reaktion ein.

FAZIT UND AUSBLICK

Die Initiatoren des deutschen Manifests aus dem Mai 2002 hatten sich zum Ziel gesetzt, die seit den 1990er Jahren im öffentlichen Diskurs sukzessive marginalisierte pazifistische Position als auch die organisatorisch und strategisch geschwächte deutsche Friedensbewegung zu stärken. Das vor dem Hintergrund der konkreten politischen Situation dazu gewählte Mittel war ein klassisches politisches Manifest. Dieses sollte im Kalkül der vier Initiatoren vor allem zwei Funktionen erfüllen: Über die Akquisition von medialer Aufmerksamkeit für das Manifest sollte erstens die darin formulierte pazifistische Position im öffentlichen Diskurs als Alternative zur herrschenden bellizistischen Position etabliert werden. Zweitens sollten im Entstehungsprozess des Manifests selbst sowie durch die erhoffte mediale Berichterstattung zivilgesellschaftliche Bündelungsprozesse forciert werden. So sollten profilierte und pazifistisch orientierte Akteure der Zivilgesellschaft zusammengeführt werden, um eine symbolische Integration weiterer Individuen zu erleichtern. Um dies zu erreichen, spielten die deutschen Autoren recht virtuos auf der Klaviatur des Manifest-Schreibens. Das im Februar 2002 veröffentlichte amerikanische Manifest bot einen passenden Anlass, um den Zeitpunkt ihrer öffentlichen Intervention zu rechtfertigen und Zugang zu den Medien zu finden. Auch die systematische Auswahl der Manifestanten sollte die mediale Aufmerksamkeit sowie zivilgesellschaftliche Wirkungsmacht erhöhen. Nicht zuletzt stellte der Text selbst mit seiner pointierten Sprache, der eher beiläufigen Auseinandersetzung mit der Argumentation des Bezugstextes und der Darstellung der eigenen Sicht auf den „War on Terror“ ein Manifest dar, das genug Ansatzpunkte für eine weitergehende Debatte bot.

Sicherlich lag es am systematischen und professionellen Vorgehen der vier Initiatoren, dass ihr Manifest trotz der widrigen Diskursposition pazifis-

106 *Spiegel Online* etwa titelte zum zweiten Brief des „Institute for American Values“: „US-Brandbrief gegen deutsche Intellektuelle“; o.V.: US-Brandbrief gegen deutsche Intellektuelle, in: *Spiegel Online*, 09.08.2002, online einsehbar unter: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,208801,00.html> [eingesehen am 12.12.2009].

tischer Positionen und Akteure direkte mediale Resonanz erfuhr. Dennoch schaffte es der deutsche Text im Wesentlichen über den Status von Meldungen nicht hinaus, nur wenige Medien ließen sich auf eine direkte inhaltliche Diskussion ein. Die angestrebte Funktion eines diskursiven Brückenkopfes für eine Revitalisierung der pazifistischen Position in der Öffentlichkeit erfüllte das deutsche Manifest zunächst nicht. Erst im Zusammenhang mit der amerikanischen Antwort wurden die Positionen der deutschen Seite in der Debatte erneut aufgenommen. Das Ziel einer Bündelung zivilgesellschaftlicher Kräfte mit dem Mittel des politischen Manifests wurde in diesem Fall kaum erreicht. So konnte die „Koalition für Leben und Frieden“ als politische Organisation nicht langfristig etabliert werden.¹⁰⁷ Ob eine symbolische Identifikation mit der Friedensbewegung durch das Manifest erleichtert wurde, kann aufgrund der negativen Konnotation der Manifestantenschaft durch die Medien bezweifelt werden. Dafür allerdings sprechen die wenigen vorliegenden direkten Rückmeldungen von Privatpersonen, die durchweg positiv waren. Aufgrund der Unzugänglichkeit weiterer Daten muss die Frage nach dem direkten Erfolg des Manifests auf der Ebene individueller Rezipienten in der Bevölkerung jedoch offen bleiben.

Insgesamt lassen sich aus diesen Ergebnissen zumindest einige vage Hinweise auf die Funktionsweise von politischen Manifesten ableiten: Die Widersprüche zwischen individueller und medialer Rezeption des Manifests weisen auf den Aspekt der Verbreitung von Manifesten hin. Die klassische Form des Manifests ist auf ihre öffentliche Vermittlung durch die Massenmedien angewiesen, die in ihrer Funktion als „gatekeeper“ und Kritiker ein erhebliches Risiko für die positive Rezeption eines Manifests darstellen. Insofern stellt sich die Frage, welche positiven und negativen Potenziale eine auf digitale Medien gestützte Verbreitung von Manifesten beinhaltet. Zu einer positiven Einschätzung hierzu scheinen in der Retrospektive einige der deutschen Initiatoren gelangt zu sein.¹⁰⁸ Tendenziell erfolgreich in der öffentlichen Arena können Manifeste unter folgenden Bedingungen sein: Ein neues Thema, von als prominent, ideologisch plural und politisch authentisch wahrgenommenen Personen forciert, scheint auch in Form eines Manifests von den Massenmedien angenommen zu werden. Die Chance bereits bekannter Positionen besteht eher auf der Ebene der argumentativen Auseinandersetzung. Denn eine bekannte Position braucht nicht mehr verkündet zu werden, sie muss immer wieder ihre Aktualität und Gültigkeit beweisen. Die dazu angemessene Form ist nicht die plakative Verkündung des Mani-

107 So wurden im Verlauf der Recherche neben einem offenen Brief an Bundeskanzler Schröder vom Januar 2003 keine weiteren politischen Aktionen bekannt, die explizit von der „Koalition für Leben und Frieden“ ausgeführt worden waren – auch wenn die vier Kernmanifestanten weiterhin politisch aktiv sind.

108 So Frank Uhe am 1. Oktober 2009 in Berlin und Hans-Peter Dürr am 9. September 2009 in München im Interview.

fests, sondern die rationale Kooperation im Dialog. Eben diesem Ansatz einer differenzierten politischen Auseinandersetzung entsprachen die letzten beiden Briefe des transatlantischen Dialogs. Erst diese Kommunikationsform wurde zudem den Anforderungen einer vernünftigen zivilgesellschaftlichen Deliberation gerecht, die für das politische Selbstverständnis der vier Initiatoren eigentlich zentral sind – so orientierte sich deren politisches Engagement seit jeher an dem Gedanken eines egalitären Dialogs und einer kooperativen argumentativen Verständigung. Dies jedenfalls bezeugen die verschiedenen privaten Diskussionen, die im Nachklang der Textveröffentlichungen geführt wurden.

Eben durch diese Bereitschaft zur dialogischen Auseinandersetzung sorgte die Initiative der „Koalition“ dafür, dass das amerikanische Manifest intensiver diskutiert wurde und dass sich die amerikanische Seite zu einer weiteren Erklärung ihrer Position gezwungen sah. In der medialen Berichterstattung über die zweite Phase des transatlantischen Dialogs wurde ersichtlich, dass die meisten deutschen Journalisten und Intellektuellen zumindest eine alternative Begründung für den Krieg forderten, im Gegensatz zu der von amerikanischer Seite angebotenen. Insofern provozierte der deutsche Text eine intensivere Auseinandersetzung mit dem sich abzeichnenden Irak-Krieg in der deutschen Öffentlichkeit. In einer langfristigen Perspektive erscheint die Handlungsweise der „Koalition“ somit zumindest partiell erfolgreich, da eine Debatte über kritische und antihegemoniale Positionen im öffentlichen Diskurs angestoßen wurde. Folglich erfüllte zwar nicht das deutsche Manifest vom Mai 2002, dafür aber der transatlantische Dialog als Ganzes die Funktion des angestrebten diskursiven Brückenkopfes. Ob und welchen Einfluss dies auf die Entstehung des breiten öffentlichen Protests gegen den Irak-Krieg im Frühjahr 2003 und die davon ausgehende Revitalisierung der deutschen Friedensbewegung gehabt haben mag, darauf kann vom jetzigen Kenntnisstand her freilich nur spekuliert werden.¹⁰⁹

109 Zu der Protestbewegung gegen den Irak-Krieg vgl. Kraushaar, Wolfgang: Mobilisierung der Zuschauer, in: die tageszeitung, 20.02.2003.